

kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



SCHULDEN

SPEKTRUM

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

8 | Oktober 2006

Schulden

Verschuldung im internationalen Vergleich	4
Finanzielle Ausgrenzung in Europa	6
Konsum und Verschuldung von Berufsschüler/innen	9
Prekäre Finanzlage in britischen Haushalten	12
Wofür geben Schweizer Jugendliche ihr Geld aus?	13
Mit dem Finanzführerschein gegen Verschuldung	15
In der Schuldenfalle	18
Geiz ist geil - sparen auch?	20
Entschuldung durch Privatkonkurs	22

Spektrum

Die niederländische Lebenslaufregelung	26
--	----

Buchtipps

	29
--	----

Veranstaltungen

	30
--	----

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Brisanz des Themas lässt sich schwer leugnen: Derzeit sind in Österreich über 300.000 Privathaushalte überschuldet bzw. überschuldungsgefährdet, berechneten die Schuldnerberatungen. Diese führen jährlich über 45.000 Beratungsgespräche mit rund 20.000 KlientInnen. 7.140 Personen nahmen im ersten Halbjahr 2006 eine Erstberatung in Anspruch, um knapp sieben Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Ähnlich die Situation in Deutschland: Über drei Millionen Haushalte sind hier überschuldet, d.h. sie können ihre fixen monatlichen Aufwände (für Miete, Versicherungen etc.) nicht mehr aus dem laufenden Einkommen abdecken. Wie in Österreich steigt die Zahl der Privatinsolvenzen. Rund 999 Milliarden Euro betragen derzeit die Außenstände deutscher Haushalte, das Gros (765 Milliarden) entfällt auf Immobilienkredite, 132 Milliarden Euro entfallen auf Ratenzahlungen und 19 Milliarden auf überzogene Konten.

Damit sind bereits einige wesentliche "Schuldenfallen" genannt. Vor allem die allzu leichtfertige Vergabe von Krediten seitens der Banken wird von Schuldnerberatungen und KonsumentenschützerInnen kritisiert. Auch hohe Kreditausfallsquoten führen diesbezüglich zu keiner Zurückhaltung der Geldinstitute, erbrachte ein internationaler Vergleich. Die zunehmende Verbreitung von Kreditkarten erleichtert zwar den (internationalen) Zahlungsverkehr, aufgrund der zeitlich verzögerten Abbuchung verliert man allerdings schnell den Überblick über seine finanziellen Möglichkeiten. Ein ähnliches Problem stellt sich bei Ratenkäufen und Handygebühren. Die Kosten unterschätzt werden häufig beim Auto, da

natürlich nicht bloß die Treibstoffkosten, sondern auch Versicherungsbeiträge, Steuern und allfällige Reparaturkosten mitzuberechnen sind.

Internationale Beispiele zeigen zudem, dass auch eine mangelhafte oder fehlende staatliche Daseinsvorsorge zur Verschärfung der Problematik beiträgt: So haben in Großbritannien viele jüngere Menschen Schulden, weil sie für das Hochschulstudium aufgenommene Darlehen zurückzahlen müssen. Und in den USA sind viele Haushalte u.a. deshalb insolvent, weil sie Kredite zur Finanzierung ihrer medizinischen Behandlungskosten aufgenommen haben. Doch auch hierzulande sind so genannte unvorhersehbare Lebensereignisse wie Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Krankheit häufig Auslöser für Überschuldung, weil dadurch die (finanzielle) Lebensplanung auf den Kopf gestellt wird und eingegangene Zahlungsverpflichtungen nicht mehr bedient werden können.

Maßnahmen zur Schuldenprävention setzen vor allem auf Information und Aufklärung über finanzielle Belange. Ein nachfolgend vorgestelltes Beispiel hierfür ist der von der IFS-Schuldenberatung ins Leben gerufene Finanzführerschein, bei dem Vorarlberger Jugendlichen zwischen zehn und 18 Jahren in abgestuften Modulen finanzielles Basiswissen vermittelt wird. Doch auch die Banken sind gefordert. Da bloße Apelle meist ungehört verhallen, wird man um Regeln für eine verantwortliche Kreditvergabe, die eine verstärkte Informationspflicht der Kreditgeber beinhalten und so zu mehr Transparenz bei Finanzdienstleistungen und zu einer besseren Vergleichbarkeit der Konditionen führen, nicht umhinkommen, meint

Ihre
Kontraste-Redaktion

EU-Einwanderungspolitik und aktuelle Fragen des Fremdenrechts

Die Fachtagung verfolgt folgende Ziele:

- Überblick über den „Strategischen Plan zur legalen Zuwanderung“ der EU-Kommission
- Darstellung und Diskussion der weiteren Vorhaben der EU
- Schaffung eines Forums zur Diskussion und zum Erfahrungsaustausch aktueller Fragen des Fremdenrechts mit den zuständigen ExpertInnen aus den Ministerien

Ort: AK-Bildungszentrum, Großer Saal, 1040 Wien, Theresianumgasse 16-18

Termin: 14. November 2006, 8.30 bis 17.00 Uhr

Anmeldung: per Mail: am@akwien.at oder per Fax: 01 / 501 65 / 2683

Verschuldung im internationalen Vergleich

Überblick über die Verschuldungssituation von Privathaushalten in ausgewählten europäischen Ländern und den USA

Die Verschuldung, d.h. das Eingehen finanzieller Verpflichtungen, geht einer Überschuldung notwendig voraus. Nicht jede Verschuldung mündet aber in eine Überschuldung. Verschuldung prägt das Bild moderner Gesellschaften, denn der Wandel in den Sozialstrukturen (Aufweichung familiärer Versorgungsstrukturen), die Instabilität in den Haushaltslebenszyklen (flexible Erwerbsbiografien mit Einkommenschwankungen) und der Rückbau der öffentlichen Daseinsvorsorge (Gesundheits- und Altersvorsorge) lassen den Bedarf an Krediten und anderen Finanzdienstleistungen steigen. Sie werden in diesem Strukturwandel als Kompensationsinstrumente beworben, welche die erforderliche Ausgabenliquidität sichern sollen. Dem Kredit kommt hierbei eine besondere Rolle zu. Da die Mehrheit der Haushaltsvorstände ab dem 40. Lebensjahr Überschüsse erwirtschaftet, werden seitens der Kreditwirtschaft vor allem unter 40-Jährige als Zielgruppe betrachtet. Mittels Kredit wird in vielen Fällen versucht, die unterschiedliche Liquiditätslage in verschiedenen Haushaltslebenszyklen auszugleichen. Die Inanspruchnahme von Kredit kann als repräsentativ für die Verschuldungssituation der Privathaushalte betrachtet werden.

Mehr Konsumentenkredite

Das Volumen der an Privathaushalte ausgereichten ungesicherten Konsumentenkredite ist in allen untersuchten Ländern in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und hat Höchststände erreicht (vgl. Tabelle).

Auf den ersten Blick scheint die Kreditinanspruchnahme in Schweden, den Niederlanden und in den USA am höchsten zu sein, gefolgt von Großbritannien, Finnland, Belgien, Frankreich und Deutschland. Mit einigem Abstand folgt schließlich Portugal. Allerdings gibt die Tabelle die Verschuldung in Großbritannien und den USA insofern verkürzt wieder, als die Daten nur Konsumentenkredite des „ersten Kreditmarkts“ (mainstream credit market) betreffen. Nicht ausgewiesen sind die Konsumentenkredite, die der „zweite Kreditmarkt“ (sub-prime lending market) vergibt. Da die unteren Einkommenschichten in den angloamerikanischen Ländern signifikant vom „ersten Kreditmarkt“ ausgeschlossen sind und nur Zugang zum „zweiten Kreditmarkt“ haben, weist die Tabelle für die USA und Großbritannien primär die Kreditinanspruchnahme der Mittelschicht und der höheren Einkommenschichten aus.

Die Gesamtbestandsveränderungen der Kreditvolumina geben allerdings keine Auskunft über den individuellen Verschuldungsgrad. Das Gesamtverschuldungsniveau lässt z.B. weder die Zahl der KreditnehmerInnen mit erstmaligen Kreditengagements erkennen noch die durchschnittliche Kredithöhe pro KreditnehmerIn. Die aggregierten Daten verbergen auch die Zahl der Kredite, die zur Abwendung einer Über-

Konsumentenkredite

Land	Jahr	Gesamtvolumen Konsumentenkredit	Kreditnehmer in % der Bevölkerung
Belgien	1999	11,9 Mrd €	
	2002	13,5 Mrd €	ca. 32 %
Finnland	1980	1,8 Mrd €	
	2002	7,2 Mrd €	ca. 26%
Frankreich	2002	108,2 Mrd €	
	2003	113,4 Mrd €	33,20%
Großbritannien	1995	117,9 Mrd €	
	2001	212 Mrd €	*
Niederlande	1995	10,1 Mrd €	
	2003	17,1 Mrd €	ca. 51%
Portugal	1991	1,0 Mio €	
	2004	18,3 Mio €	ca. 11% (2001)
Schweden	2003	11 Mrd €**	71%
	2003	1998,5 Mrd \$	***
USA	1999	1512,8 Mrd \$	
	2003	1998,5 Mrd \$	***
Deutschland	1999	215,7 Mrd €	
	2004	230,9 Mrd €	22,4% (2001)

* 19% Kreditkarte, 17% Ratenkredit, 15% Privatk., 13% Teilzahlungskauf, 9% Überziehungskr., 8% Kr. bei Handelsfirmen

**Durchschnittliche jährliche Steigerungsrate 10%

***2001: 45,2% Ratenzahlung, 44,4% Kreditkartenkredit, 1,5% andere Kreditlinien

schuldung bzw. Insolvenz umgeschuldet wurden. Soweit Daten zur durchschnittlichen Höhe der Kreditverbindlichkeiten pro KreditnehmerIn, der monatlichen Belastung und zum Anteil des monatlichen Bruttoverdienstes für die Kreditrückzahlung vorliegen, ergibt sich für den individuellen Verschuldungsgrad folgendes Bild: Die durchschnittlichen Kreditschulden pro KreditnehmerIn betragen im Jahr 2002 in Belgien 4.609 Euro (Mittelwert pro Nettokredit) und in Frankreich 4.554 Euro (2003). In Großbritannien stieg dieser Wert zwischen 1995 und 2003 von umgerechnet 3.157 Euro auf 9.776 Euro. In den USA betrug die durchschnittliche Schuldenhöhe 2001 beim Kreditkartenkredit 1.900 US-Dollar und bei sonstigen Kreditlinien 3.900 Dollar. Die durchschnittliche Kreditrate pro Monat liegt hier bei 200 Dollar (für Kreditkartenkredite) und in Deutschland bei 194 Euro. Für die übrigen Staaten liegen diesbezüglich keine aktuellen Daten vor.

Der Anteil des für Kreditrückzahlungen verwendeten Betrags am monatlichen Bruttoeinkommen beträgt in Belgien rund acht Prozent, in Finnland müssen hierfür monatlich bei Hypothekenkreditzahlungen ca. 20 Prozent und bei Konsumentenkreditzahlungen ca. 10 Prozent des Einkommens aufgewendet werden. In Portugal hat sich dieser Anteilswert zwischen 1990 und 2003 von durchschnittlich 18,1 Prozent auf rund 26 Prozent des Einkommens erhöht. Aus den USA ist bekannt, dass hier 2001 elf Prozent der KreditnehmerInnen über 40 Prozent ihres Einkommens für Kreditrückzahlungen verwenden mussten.

Die Kreditausfallsquote lag 2003 in Belgien bei 7,9 Prozent (507.145 Verträge), in den Niederlanden bei 4,5 Prozent (450.000 Verträge), in Portugal bei 4,7 Prozent, in Großbritannien bei 1,9 Prozent und in Frankreich bei zwei Prozent. Diese Quote wird auch für Deutschland geschätzt. In Finnland hatten 2002 rund ein Achtel der KreditnehmerInnen Zahlungsprobleme. 2003 wurde hier ein Zahlungsverzug bei rund 100.000 Kreditkartenkonten bzw. bei vier Prozent aller KreditkarteninhaberInnen registriert. In den USA gab es, was den 60 Tage überschreitenden Zahlungsverzug betrifft, zwischen 1998 und 2001 durchwegs Steigerungsraten: bei Familien, deren Einkommen unter 20 Prozent des US-Durchschnittseinkommens liegt, um 0,5 Prozent, bei Familien, deren Haushaltsvorstände jünger als 35 Jahre sind, um 0,8 Prozent und bei Familien mit einem Nettovermögen unter 25 Prozent des US-Durchschnittsvermögens um 1,6 Prozent.

Leichtere Kreditzugangsmöglichkeiten

Die in den letzten Jahren in allen Ländern zu beobachtende Zunahme der Kreditzugangsmöglichkeiten -

auch durch die in Umlauf gebrachten Kreditkarten, Kundenkarten mit Kreditfunktion und die eingeräumten Überziehungskredite - scheint insgesamt, d.h. ohne Differenzierung nach dem jeweiligen Kreditprodukt, nicht bewirkt zu haben, dass signifikant mehr Privathaushalte erstmals oder wiederholt Kreditverbindlichkeiten eingegangen sind. Erhöht hat sich hingegen häufiger die Kreditsumme bei neuen Kreditengagements, was von Experten auf niedrige Kreditzinsen und gestiegene Haushaltseinkommen zurückgeführt wird. In Großbritannien sind Familien mit zwei Kindern, die eine Immobilie kreditfinanziert erworben haben, Haushalte mit durchschnittlichem oder niedrigem Einkommen sowie Haushalte, die innerhalb der zurückliegenden zwölf Monate Einkommensschwankungen (positiv wie negativ) erfahren haben, die Haushaltstypen mit den meisten Kreditverbindlichkeiten, den höchsten Kreditsummen und dem höchsten Anteil der Kreditrate am monatlichen Bruttoeinkommen. Ein Anteil der Kreditrate am Bruttoeinkommen, der sich unter 25 Prozent bewegt, gilt laut Teschnews als im Durchschnitt noch bewältigbar; die Mehrheit der Britischen Kreditnehmer überschreitet diesen Anteilswert nicht.

Auffällig sind die Kreditausfallquoten einzelner Länder (s.o.). Sie führen aber nicht zu einer Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe. Für keines der untersuchten Länder war eine restriktive Vergabepolitik zu konstatieren. In Finnland verlangen Kreditgeber von den KreditnehmerInnen aktuell lediglich einen detaillierteren Finanzstatus. Portugiesische Banken übertragen seit dem zweiten Halbjahr 2003 das Kreditausfallsrisiko auf ihre Kunden und verlangen umfassendere Kreditsicherheiten bzw. den Abschluss einer Ausfallsversicherung.

Unterschiedliche Nutzung

Bei der individuellen Nutzung der Konsumentenkredite gibt es in den verschiedenen Ländern stark voneinander abweichende Motive. Während der Konsumentenkredit in Portugal primär dem Erwerb langlebiger Konsumgüter (Wohnungseinrichtung, PKW) dient, eröffnet er US-Bürgern den Zugang zum Gesundheitswesen. So hatten 56,2 Prozent der Ehepaare, die 2000 einen gemeinsamen Antrag auf Eröffnung des Privatkonkursverfahrens stellten, Kredite zur Finanzierung ihrer medizinischen Behandlungskosten aufgenommen. In 11,1 Prozent dieser Fälle beliefen sich die Verbindlichkeiten auf mindestens 5.000 US-Dollar. In 4,4 Prozent der Fälle machte der Anteil dieser Schulden mindestens 50 Prozent der Gesamtschulden aus.

Quelle: Teschnews Mai 2005

Finanzielle Ausgrenzung in Europa

Seit Herbst vorigen Jahres koordiniert die ASB Schuldnerberatungen ein europäisches Projekt, das Strategien und Maßnahmen für einen verbesserten Zugang zu adäquaten Finanzdienstleistungen für Menschen mit niedrigem Einkommen entwickelt. Das im Rahmen des zweiten Programms für den transnationalen Informationsaustausch von der Europäischen Kommission, Generaldirektion für Beschäftigung und Soziales, finanzierte Projekt untersucht die Situation finanzieller Ausgrenzung in ganz Europa, erforscht Ansätze und Möglichkeiten finanzieller Bildung und versteht sich als Beitrag zur Bekämpfung von Überschuldung, Armut und sozialer Ausgrenzung.

Im ersten Projektjahr wurden unter anderem bestehende Erfahrungen mit unterschiedlichen (sozialen) Finanzdienstleistungsangeboten in verschiedenen europäischen Ländern erhoben. Dabei lieferten nicht nur die Projektpartner aus Deutschland (Institut für Grundlagen- und Programmforschung, GP Forschungsgruppe), Polen (Association for Promotion of Financial Education SKEF), und Belgien (L'Observatoire du Crédit et de l'Endettement), sondern auch Forschungsinstitute und Schuldenberatungseinrichtungen aus insgesamt 25 europäischen Ländern, u.a. aus der Schweiz, Schweden, Finnland, Island, Irland, Großbritannien, Luxemburg, Niederlande, Lettland, Tschechien und der Slowakei, im Rahmen einer europaweiten Erhebung erste Überblicksanalysen zur Situation in den jeweiligen Ländern.

"Banklose" Personen

"Unbanked", also "banklos", werden im Englischen jene Menschen genannt, denen die Eröffnung eines Bankkontos und/oder die Aufnahme eines Kredites verweigert wird. Allein in Großbritannien trifft dies auf 2,8 Millionen erwachsene Menschen zu, europaweit kann die Zahl nur geschätzt werden. Niedriges Einkommen, ein fehlender Identitätsnachweis oder die negative Registrierung in den Datenbanken der Geldinstitute bilden die Hauptgründe für einen fehlenden Zugang zu einem Konto oder zu Krediten, von dem vor allem überschuldete Personen, aber auch Menschen mit niedrigem Einkommen betroffen sind.

Zuweilen, so die ExpertInnen einiger Länder, erfolgt die Ausgrenzung dabei auch durch die Betroffenen selbst, die sich aufgrund von starkem Misstrauen, Angst vor hohen Gebühren und Irritation aufgrund des komplexen Angebots an Finanzdienstleistungen oder auch wegen des Gefühls fehlender Kontrolle über die eigenen Finanzen, gar nicht erst an eine Bank wenden.

Im europäischen Vergleich reicht der Anteil der "banklosen" Personen vom Promillebereich in Österreich bis zu 20 Prozent in Polen und Ungarn, wobei vor allem in Polen der immer noch hohe Anteil an ländlicher Bevölkerung und deren Misstrauen gegenüber Bankgeschäften Grund für den hohen Prozentsatz sein dürften.

Prinzipiell gibt es heutzutage in allen Ländern eine große Bandbreite an Finanzdienstleistern, die sich mit einer Vielzahl an Angeboten an unterschiedliche KundInnengruppen wenden. Die verschiedenen Angebote und Anbieter, die europaweit stark variieren, belegen dabei die unterschiedliche historische Entwicklung von Finanzdienstleistungen in einzelnen Ländern, die sich noch heute in strukturellen und konkreten Unterschieden auf dem Finanzdienstleistungssektor niederschlägt.

Auch wenn ein Großteil der Angebote theoretisch auch Menschen mit niedrigem Einkommen zur Verfügung steht, mangelt es ganz offensichtlich an Finanzprodukten, die deren spezifischen Bedürfnissen entsprechen. So existieren beispielsweise nur in rund einem Drittel der europäischen Länder so genannte Credit Unions (kleine lokale Kreditgenossenschaften) oder Sozialbanken, die spezielle Angebote für Menschen mit niedrigem Einkommen anbieten. In über der Hälfte der Länder lässt auch die gesetzliche Verankerung des Rechts auf ein Girokonto auf sich warten, wobei eine solche Verankerung nicht notwendigerweise den realen Zugang zu einem Konto bedeutet und es andererseits in anderen Ländern auch ohne entsprechendes Gesetz breiten Zugang gibt.

Defizite sind auch im Hinblick auf Regeln für eine verantwortliche Kreditvergabe festzustellen. Dort, wo solche Regeln existieren (Belgien, Schweden, Schweiz), beinhalten sie vor allem eine verstärkte Informationspflicht der Kreditgeber, die darüber hinaus nur dann Kredite vergeben dürfen, wenn eine Rückzahlung auf Basis der bestehenden Finanzsituation zum Zeitpunkt der Kreditaufnahme realistisch ist.

Leben ohne Girokonto

Menschen ohne Bankkonto sind im Großen und Ganzen auf Bargeld-Transaktionen angewiesen. Zen-

trale Probleme, die ein "bankloses" Leben mit sich bringt, gibt es vor allem rund um die Auszahlung von Löhnen und Sozialleistungen sowie im Hinblick auf das Bezahlen von Lebenshaltungskosten wie Strom, Versicherung, Telefonrechnungen und Pensionszahlungen.

In einigen Ländern, wie Finnland, Österreich, Großbritannien, Irland, Frankreich, Belgien, Ungarn und der Slowakei, sind dabei Geldbriefe eine mögliche alternative Form des Gelderhalts (vor allem von Sozialleistungen bzw. Pensionen), wobei dies nur in wenigen Ländern auch wirklich praktiziert wird. In Frankreich wird als Alternative zum Girokonto oft ein so genanntes "Livret A" benutzt, ein Sparbuch, das manchmal auch mit einer Bankomatkarte verbunden ist. Verbreitet ist auch die Strategie, das Bankkonto eines anderen Familienmitglieds mitzunutzen.

Auswirkungen finanzieller Ausgrenzung

Die Auswirkungen finanzieller Ausgrenzung sind vielfältig, neben dem Bankkonto fehlt es bargeldlosen Menschen meist auch an einer Versicherung. Veritable Schwierigkeiten ergeben sich fast immer bei der Jobsuche, ohne Bankkonto ist der Abschluss eines Dienstvertrags oft gar nicht möglich, zudem werden banklose Menschen durch hohe Transaktionskosten für Bareinzahlungen belastet und benötigen auch mehr Zeit und Energie, um ihr tägliches Leben zu regeln. Darüber hinaus reduzieren sich die Möglichkeiten der Finanzplanung und der Geldanlage – als Alternative bleibt die Spardose oder Matratze – und es ist davon auszugehen, dass banklose Menschen generell an einem Mangel an Sicherheit, an Integrations-, psychischen und sozialen Problemen leiden.

Britische Studien belegen, dass 65 Prozent der bargeldlosen Haushalte in den untersten drei Einkommensdezilen zu finden sind und viele der Betroffenen seit mehr als fünf Jahren Sozialleistungen beziehen und in Sozialwohnungen leben.¹

Problematische Preisgestaltung bei der Kreditvergabe

Um einen Kredit zu erhalten, sind in den meisten Ländern der Nachweis von Identität und Einkommen, eine positive Rückmeldung der entsprechenden Datenbanken von Kreditschutzvereinigungen bzw. Banken sowie gegebenenfalls erforderliche Sicherheiten oder Garantien und ein bestimmtes Alter notwendig. Auch wenn von Schuldnerberatungen zumeist die in einigen Ländern fast fahrlässig schnelle Kreditvergabe, die nicht selten ohne ernsthafte Informations-

weitergabe und Risikoabwägung erfolgt, kritisiert wird, sind auch bestehende Ausgrenzungsmechanismen im Hinblick auf den Erhalt von Krediten unter die Lupe zu nehmen.

Kritisiert werden muss dabei vor allem eine sich am scheinbaren Risiko orientierte Preisgestaltung, die sich in einigen Ländern zuweilen auf eine "schlechte" Wohnadresse stützt, also nicht notwendig mit der finanziellen Situation von KreditnehmerInnen und ihrer realistischen Fähigkeit, einen aufgenommenen Kredit zurückzuzahlen, konform geht. Problematisch wird dies vor allem in jenen Ländern, wo keine Obergrenzen für Zinsen und Gebühren festgelegt sind und damit dem Wucher Tür und Tor geöffnet wird, was – wie aus Großbritannien und Irland berichtet wird – Menschen mit Geldprobleme in die Hände unseriöser Geldverleiher treibt, wo sie in Extremfällen mit jährlichen Zinsraten von bis zu 300 Prozent konfrontiert werden.

Wenngleich sich also die Mehrzahl der ExpertInnen in einer grundsätzlich positiven Einschätzung von Risikoanalysen durchaus einig ist, so besteht auch berechtigte Skepsis im Hinblick auf einen wirklich verantwortungs- und sinnvollen Umgang der Kreditinstitute mit diesem Instrument.

Social Banking

Verbesserungsvorschläge bezüglich des Zugangs zu adäquaten Finanzdienstleistungen können unter dem Stichwort "Social Banking" zusammengefasst werden. Wesentliches Grundelement bildet dabei zunächst der garantierte Zugang zu einem Basiskonto für alle Personen, das – entsprechend der existierenden Modelle in unterschiedlichen Ländern – entweder durch spezielle Sozialbanken angeboten oder im Repertoire jeder Bank vorhanden ist bzw. sein sollte. Darüber hinaus sollten auch bewährte Modelle verantwortlicher Kreditvergabe verbreitet werden, wie sie etwa von lokalen Kreditgenossenschaften, den Credit Unions, in England, Irland und anderen Ländern seit Jahren erfolgreich praktiziert werden.

Credit Unions agieren auf Mitgliederbasis und bieten Sparmöglichkeiten und Kredite zu günstigen Konditionen an. Sie sind lokal verankert und agieren verantwortungsvoll auf der Basis genauer Kenntnisse der Bedürfnisse ihrer Mitglieder und einer Form von Zusammenhalt, wie sie etwa durch das Wohnen in einem bestimmten Bezirk oder Dorf, die Arbeit in einem Unternehmen, die Angehörigkeit zu einer Kirche oder Gewerkschaft etc., gegeben ist.

Basiskonten als Ausweg?

Als Teil eines Bündels an Maßnahmen zur Vermeidung finanzieller Ausgrenzung wurde in einigen Ländern in den letzten Jahren ein so genanntes Basiskonto eingeführt. Darunter wird im Normalfall ein einfaches Konto mit eingeschränkten Funktionen verstanden, das im Sinne der Vermeidung von – weiterer – Überschuldung auf Habenbasis geführt wird, also nicht überzogen werden kann.

In Großbritannien wurden auf Initiative der britischen Regierung seit 2004 über 1,5 Millionen solcher Bankkonten eröffnet, auch in Belgien existieren Basiskonten, die dort auch gesetzlich abgesichert sind, d.h. dass das Recht auf ein Konto theoretisch auch einlagbar ist.

In Österreich läuft seit Anfang Oktober ein Pilotprojekt, das von der „ERSTEN österreichischen SparCasse Privatstiftung“ in Kooperation mit Schuldnerberatungen und Caritas entwickelt wurde. Dafür wurde im Mai dieses Jahres eine neue „Zweite Sparkasse“ gegründet, die Girokonten auf Habenbasis für jene, die sonst kein Konto bekommen, zur Verfügung stellt. In der auf sechs Monate angelegten Pilotphase soll dies vorerst nur für KlientInnen von Schuldnerberatung und Caritas im Raum Wien möglich sein, ab Frühjahr 2007 soll das Angebot auf alle Bundesländer und die KlientInnen weiterer sozialer Organisationen ausgeweitet werden.

Verbesserungsbedarf gegeben

Weitere Entwicklungen werden folgen müssen, denn die Erfahrungen aus Ländern, in denen seit einiger Zeit Basiskonten zur Verfügung stehen, zeigen, dass auch hier der Zugang beschränkt bzw. behindert ist. So gibt es in Großbritannien Schwierigkeiten im Zusammenhang mit fehlenden Identitätsnachweisen, aber auch im Hinblick auf die Tendenz einiger Banken, lieber andere – profitablere – Produkte zu verkaufen. Viele KundInnen klagen auch über die schlechte Servicequalität im Zusammenhang mit ihrem Basiskonto.

In Belgien sind aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen zwar, wie erwähnt, alle Banken verpflichtet, Basiskonten anzubieten und sogar rechtliche Schritte gegen die Verweigerung eines Kontos möglich, die gegenwärtige Form der Einklagbarkeit gilt jedoch aufgrund der Komplexität und Langwierigkeit des Verfahrens als wenig praktikabel. Verfahrenserleichterungen bzw. die Institutionalisierung außergerichtlicher Lösungsmöglichkeiten wären gefordert.

Weitere Maßnahmen gegen finanzielle Ausgrenzung

Zu den darüber hinaus notwendigen Maßnahmen gegen finanzielle Ausgrenzung zählen vor allem auch Investitionen in Finanzbildungsprogramme – für Kinder, Jugendliche, aber auch für Erwachsene. Zu den Vorschlägen, die im Rahmen des von der ASB Schuldnerberatungen koordinierten EU-Projekts gemacht wurden, zählen die Einrichtung eines „Financial Inclusion Fonds“ nach britischem Vorbild (dort stehen 175 Millionen Pfund für Maßnahmen zur Vermeidung finanzieller Ausgrenzung zur Verfügung) sowie die Einrichtung einer europäischen Arbeitsgruppe zur Bekämpfung und Vermeidung von finanzieller Ausgrenzung. Eine solche könnte in Kürze im Rahmen des sich in Gründung befindlichen Europäischen Netzwerks ECDN (European Consumer Debt Net) entstehen, das AkteurInnen aus Schuldnerberatung, Forschung und Konsumentenschutz vernetzt und die Entwicklung von nachhaltigen Maßnahmen zur Bekämpfung und Vermeidung von Überschuldung und finanzieller Ausgrenzung sowie Lobbying für deren Umsetzung zum Ziel hat. Zu kämpfen wird in diesem Zusammenhang auch weiterhin für ein höheres Maß an Transparenz von Finanzdienstleistungen, die bessere Vergleichbarkeiten von Konditionen sowie für die Einführung von Mindeststandards und Höchstgrenzen sein, wie sie auch im Entwurf zu den Europäischen Verbraucherkreditrichtlinien – zumindest in Ansätzen – vorgesehen sind.

Michaela Moser

Die Autorin ist Mitarbeiterin der ASB Schuldnerberatungen GmbH. Weitere Informationen zum Thema, darunter auch Beiträge zur konkreten Situation in einzelnen europäischen Ländern, finden Sie in der aktuellen Ausgabe der ASB-Informationen zum Thema „Finanzielle Ausgrenzung vermeiden“.

Ein Jahresabonnement der für alle an Überschuldungsproblemen und Fragen finanzieller Ausgrenzung Interessierten vierteljährlich erscheinenden Fachzeitschrift kostet 18 Euro (exkl. Ust).

Bestellungen und weitere Informationen: ASB Schuldnerberatungen GmbH, Tel. 0732-656599, asb@asb-gmbh.at; <http://www.schuldnerberatung.at>

Anmerkung

- 1 Vgl. Francesca Hopwood-Road, Finanzielle Ausgrenzung vermeiden, in ASB-Informationen 55, September 2006, 1-5.

Konsum und Verschuldung von Berufsschüler/innen

Annamaria Gabanyi untersucht in ihrer Dissertation das Konsumverhalten oberösterreichischer Jugendlicher.

Zunehmend haben sich Medien in den vergangenen Jahren dem Konsumverhalten von Jugendlichen zugewendet. Ausschlaggebend hierfür sind immer mehr Studien, die das „problematische“ Konsumverhalten von Jugendlichen aufzeigen. Bestärkt wird die Debatte durch alarmierende Meldungen der Schuldnerberatungen, welche die Zunahme der Zahl verschuldeter Jugendlicher bestätigen. So handelt es sich von allen Personen, die 2005 erstmals Kontakt zur oberösterreichischen Schuldnerhilfe suchten, bei 21,3 Prozent um Jugendliche bis 25 Jahre.

Können diese medial vermittelten Bilder bestätigt werden? Wie kann speziell das Konsumverhalten von Berufsschüler/innen beschrieben werden? Die Gruppe der Berufsschüler/innen stellt aufgrund des frühen Eintritts ins Erwerbsleben und der damit verbundenen relativ frühen Einbindung in die Konsumwelt eine überaus interessante Untersuchungseinheit dar. Um den genannten Fragen nachzugehen, wurde von mir eine repräsentative, schriftliche, klassenweise Befragung von 1019 Berufsschüler/innen in Oberösterreich durchgeführt. In ihren wesentlichen Grundzügen beschäftigt sich meine Dissertation mit der Frage nach dem Konsumverhalten von Berufsschüler/innen und dessen Determinanten unter besonderer Berücksichtigung des Verschuldungsaspekts.

Im Folgenden wird der Verschuldungsaspekt von Berufsschüler/innen näher dargestellt. Zuvor erfolgt die Deskription einiger informativer Verteilungen innerhalb der Gruppe der befragten Berufsschüler/innen, immer wieder Bezug nehmend auf die Grundgesamtheit. Anschließend wird auf die Verschuldungssituation – wie viele Berufsschüler/innen sind in welcher Höhe verschuldet – eingegangen und anhand der damit in Zusammenhang stehenden Konsumfaktoren und Verschuldungsursachen konkretisiert. Abschließend werden auf Basis der gewonnenen Untersuchungsergebnisse Vorschläge für Maßnahmen genannt.

Beschreibung der Daten

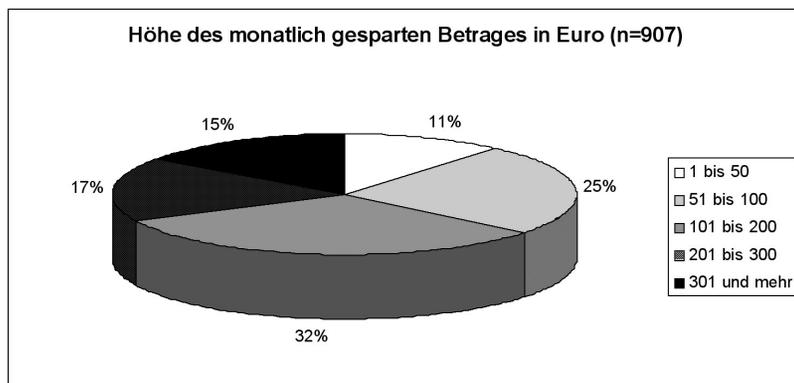
Wie lässt sich die Stichprobe im Wesentlichen charakterisieren? Ein Drittel der Befragten ist weiblich, zwei Drittel sind männlich. Dieses Verhältnis ist auch

bei der Gesamtheit der oberösterreichischen Berufsschüler/innen mit sehr geringen Abweichungen vorzufinden. Unterschiede in den Verteilungen bestehen hinsichtlich der Jahrgänge: Ist der Anteil der im ersten und im dritten Jahrgang vertretenen Berufsschüler/innen mit rund 27 und 29 Prozent in der Stichprobe ziemlich genau abgebildet, so ist der zweite Jahrgang mit rund 28 Prozent um fünf Prozent unterrepräsentiert und der vierte mit 17 Prozent Anteil an Befragten um sechs Prozent überrepräsentiert. Bei nicht der Grundgesamtheit entsprechenden Merkmalsverteilungen wurde die Proportionalität durch Gewichtung korrigiert. Mit rund 27 Prozent (25 Prozent in der Grundgesamtheit) kaufmännischen und 73 Prozent gewerblichen Berufsschüler/innen ist hier ein geringer Unterschied zur Verteilung in der Grundgesamtheit festzustellen. Mit einer relativ hohen Befragtenzahl und einer guten Abbildung hinsichtlich der oben angeführten Merkmale wurde eine repräsentative Stichprobe erzielt, sodass für die Grundgesamtheit der oberösterreichischen Berufsschüler/innen gültige Aussagen getroffen werden können.

Von den befragten Berufsschüler/innen leben 71 Prozent mit Vater und Mutter im gemeinsamen Haushalt und zwei Drittel haben auch Geschwister. Weitere 20 Prozent wohnen nur mit einem Elternteil und zwar 17 Prozent mit der Mutter und 3 Prozent beim Vater entweder mit oder ohne einen zweiten Stiefelternteil. Lediglich ein Zehntel wohnt nicht oder nicht mehr bei den Eltern.

Wieviel Geld steht Berufsschüler/innen nach Abzug der laufenden monatlichen Lebenskosten zur Verfügung? Unterschiede in der durchschnittlichen Höhe bestehen hinsichtlich der absolvierten Lehrjahre. Bleiben Schüler/innen im ersten und zweiten Lehrjahr im Durchschnitt 201 bis 300 Euro zur freien Verfügung, so sind es im dritten Lehrjahr 301 bis 400 und im vierten sogar 401 bis 500 Euro. Signifikante Unterschiede sind bei dem durchschnittlich frei verfügbaren Geld weiters zwischen den Geschlechtern festzustellen, wobei männlichen Berufsschülern mehr Geld bleibt.

Überraschend hoch ist mit rund 91 Prozent der Anteil jener Berufsschüler/innen, die angeben zu sparen. Die Höhe des gesparten Betrages zeigt die folgende Grafik. Zwischen der Höhe des gesparten Betrages und der Höhe des monatlich frei verfügbaren Geldes ist ein signifikanter Zusammenhang zu verzeichnen, d.h. je mehr Geld monatlich nach Abzug der laufenden Ausgaben übrig bleibt, desto mehr wird gespart. Vermutlich lässt sich aus dieser Tatsache auch der ten-



Wem gegenüber bestehen Zahlungsverpflichtungen? Die häufigsten Zielpersonen bilden die engere Familie und Freunde. Sieben von zehn Schuldnern borgen sich Geld von den Eltern. 39 Prozent borgen sich Geld bei Freunden, gefolgt von Geschwistern mit 22 Prozent und dem/r Partner/in mit 16 Prozent. Bei Banken borgen sich rund neun Prozent Geld. Bei sonstigen Verwandten rund fünf Prozent.

denziell höhere Sparbetrag bei Berufsschülern im Vergleich zu Berufsschülerinnen erklären, da ihnen auch mehr Geld zur freien Verfügung bleibt. Sparen nimmt bei den Berufsschüler/innen einen hohen Stellenwert ein. Denn von jenen Berufsschüler/innen, die angaben zu sparen, stimmen beinahe drei Viertel dem alten Leitspruch „Spare in der Zeit, so hast du in der Not“ sehr oder überwiegend zu.

Verschuldungssituation

Die genaue Verteilung der Schuldenhöhe zeigt die nachstehende Grafik. Betrachtet man die Verschuldung von Berufsschüler/innen, so waren zur Befragungszeit rund 46 Prozent jemandem Geld schuldig, wobei es sich beim Großteil eher um kleine Beträge handelt und nur 7,1 Prozent mehr als 500 Euro schuldig waren. Betrachtet man nun jene 7,1 Prozent (76 Berufsschüler/innen), die mehr als 500 Euro Schulden haben, so haben weniger als die Hälfte (46,6 Prozent) von ihnen monatlich mehr als 400 Euro zur freien Verfügung. Diese könnten ihre Schulden unter der Voraussetzung, dass sie sparsam mit dem Geld umgehen, grob geschätzt innerhalb von einigen Monaten abbezahlen.

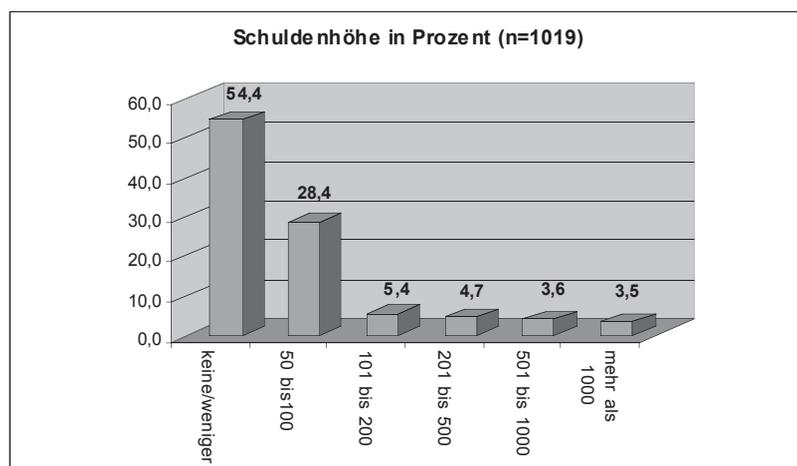
Verschuldungsursachen

Generell lässt sich beobachten, dass Konsumentscheidungen von Berufsschüler/innen nach sehr inhomogenen Entscheidungskriterien getroffen werden. Wider Erwarten konnten lediglich zwei klare Faktoren gefunden werden, die für das Konsumverhalten von Berufsschüler/innen bestimmend sind, mit denen sich jedoch auch nur ein relativ geringer Teil des Konsumverhaltens erklären lässt.

Bei den zwei in der Studie nachgewiesenen Konsumfaktoren konnten bisher aufgrund der derzeit vorliegenden Auswertungen wesentliche Zusammenhänge zur Verschuldungshöhe gefunden werden. Die zwei Konsumfaktoren, die bei einem Teil der Berufsschüler/innen bei Konsumentscheidungen eine Rolle spielen, lassen sich als „demonstrative“ und „kompensatorische“ Konsumdeterminanten beschreiben und wirken sich nur unter bestimmten Umständen positiv auf die Schuldenhöhe aus. Beide Konsumfaktoren wurden bereits in der Jugendkonsumstudie von Elmar Lange bei deutschen Jugendlichen nachgewiesen. Diese schließen sich keineswegs aus. Im Gegenteil: Das Vorliegen eines Konsumtypus erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass auch der zweite Faktor bei der/m Befragten vorkommt.

Wie lassen sich die Konsumfaktoren beschreiben und unter welchen Bedingungen nehmen sie Einfluss auf die Schuldenhöhe?

■ Der häufiger vertretene Konsumfaktor ähnelt in manchen Punkten Langes demonstrativem Konsumtypus, bei dem die Markenpräferenz sehr stark ausgeprägt ist. (vgl. Lange 2004,



127 f) Marken werden mit Qualität assoziiert, daher kommen Sonderangebote und gefälschte Marken – was ja mindere Qualität bedeuten würde – für die Betroffenen nicht in Frage. Elf Prozent weisen dieses Konsumverhalten ganz und weitere 56 Prozent eher auf. Bei einem Drittel ist er kaum bis gar nicht ausgeprägt. Unter der Voraussetzung, dass schulische Leistungen schlecht sind und der Aussage „Über die Auswahl der Produkte zeige ich, wer ich bin“ zugestimmt wird, wirkt sich demonstratives Konsumverhalten auf die Schuldenhöhe aus. Ein Achtel der Berufsschüler/innen mit Schulden gehört dieser Gruppe an, welche aufgrund schlechter schulischer Leistungen versucht, über den Konsum Geltung zu erlangen.

- Der zweite Faktor kann nach Lange als kompensatorischer Konsum bezeichnet werden, der allerdings nur bei rund drei Prozent der Befragten voll und bei weiteren 16 Prozent eher zutrifft. Bei 41 Prozent kann er kaum und bei weiteren 40 Prozent gar nicht nachgewiesen werden. Dieser Faktor kann durch Lustempfinden beim Kauf beschrieben werden. Kaufen gleicht einem Hobby. Bei Nichtkonsum stellt sich das Gefühl des „Mangels“ ein. Lange hat festgestellt, dass bei sehr ausgeprägtem Mangelgefühl bzw. bei Entzugerscheinungen bereits von Kaufsucht gesprochen werden kann. Vor allem aber dient der kompensatorische Konsum als Coping Strategie, um Frustrationen im Leben über die Freude am Konsum auszugleichen. (vgl. Lange 2004, S 133 f) Ein signifikanter Zusammenhang zwischen einem überwiegend kompensatorischen Konsum und dem Verschuldungsmaß besteht, wenn dieser Konsumfaktor, der ohnehin schon durch Lustempfinden motiviert ist, stark zur Frustbewältigung instrumentalisiert wird. Bei einem Siebtel der verschuldeten Berufsschüler/innen ist dies der Fall.

Ansätze für Maßnahmen

Die folgenden Ansätze für Maßnahmen gegen Verschuldung werden über die zwei aufgezeigten Bedingungen hergeleitet, die sich auf die Schuldenhöhe verstärkend auswirken:

Bei stark ausgeprägtem demonstrativem Konsumverhalten kann ein durch negative Leistungserlebnisse bestärkter Wunsch auftreten, über den Bereich Konsum soziale Geltung zu erlangen. In Folge kommt es zu einem Konsumverhalten, bei dem das Schuldenmaß verstärkt wird. Wie kann so ein Verhalten vermieden werden? Das Argument, der/die Jugendliche hätte nicht gelernt, mit negativen Leistungser-

lebnissen umzugehen, liegt nahe. Eltern sollten frühzeitig ansetzen und das Kind bei der Bewältigung von negativen Leistungserlebnissen unterstützen, damit nicht über Konsumverhalten soziale Geltung angestrebt wird.

Der zweite Ansatz bezieht sich auf die Umstände, die bei ausgeprägtem kompensatorischem Konsum das Schuldenmaß erhöhend beeinträchtigen: Kompensatorischer Konsum in Kombination mit starker Intention der Frustbewältigung erhöht die Chance auf hohe Verschuldungsbeträge. Stressabbau erfolgt hier über positive Konsumerlebnisse. Scheinbar mangelt es den betroffenen Berufsschüler/innen an der Fähigkeit, Probleme, die inneren Stress verursachen, zu bewältigen. Bereits im Kindesalter müssten daher Eltern darauf achten, dass Kindern eine von Konsum losgelöste Problembewältigung vermittelt wird.

Annamaria Gabanyi

Der Beitrag basiert auf der Dissertationsarbeit der Autorin, die voraussichtlich Anfang 2007 in fertiger Form vorliegen wird.

Literatur

Lange, Elmar; Jugendkonsum im 21. Jahrhundert; 1. Auflage; 2004; VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWW Fachverlage GmbH.
<http://www.schulden.at> (2006)

Broschüre zur Behindertenpolitik in Europa

Da europäische und internationale Behindertenpolitik für viele noch ein "Buch mit sieben Siegeln" ist, hat das NETZWERK ARTIKEL 3 e.V. eine neue Broschüre erarbeitet.

Unter dem Titel "Einfach Europa?! - Einführung in die europäische und internationale Behindertenpolitik" ist die 120 Seiten umfassende Broschüre Anfang Mai 2006 erschienen.

Sie ist in zwei Fassungen (Standardsprache + Leichte Sprache) geschrieben. Beide Fassungen können unter folgender Adresse heruntergeladen werden:

<http://www.nw3.de/> Menüpunkt Info-Material

Prekäre Finanzlage in britischen Haushalten

Briten zwischen 18 und 40 haben immer größere finanzielle Probleme und sind nicht mehr imstande, Ersparnisse zu bilden. Der Konsumdruck, aber auch gestiegene Kosten, etwa für Wohnungsmieten, führen dazu, dass viele nicht mehr in der Lage sind, für die Pension vorzusorgen.

Eine Ende März vorgestellte Studie der Universität Bristol und der britischen Finanz-Service-Agentur (FSA), bei der über 5.000 Personen befragt wurden, brachte einen alarmierenden Trend zutage: Die Finanzkraft zwischen Jüngeren und Älteren geht stetig auseinander. Denn es sind vor allem unter 40-jährige Briten, die in Finanznöten stecken. Die Gründe für die Finanzmisere sind vielfältig, lassen sich allerdings folgende in drei Problembereiche zusammenfassen:

- Jüngere haben sehr früh Schulden, etwa, weil sie für die Universitätsausbildung aufgenommene Darlehen zurückzahlen müssen.
- Sie stehen unter erhöhtem Konsumdruck und verwenden Kreditkarten als Zahlungsmittel deutlich häufiger als Angehörige der älteren Generation.
- Vor allem die Wohnkosten reißen ein tiefes Loch ins Budget jüngerer Menschen. Eigener Wohnraum wird immer teurer.

Konto überzogen

24 Prozent der Briten zwischen 18 und 40 Jahren haben ihr Konto laufend überzogen; bei den über 50-Jährigen sind es elf Prozent, bei den über 60-Jährigen sind es nur vier Prozent. Die zunehmende Distanz von der "klassischen Nachkriegsgeneration", bei welcher der Spargedanke und das Vorsorgedenken noch sehr ausgeprägt waren/sind, scheint ein geändertes Konsumverhalten zu bewirken. Jüngere sind auch schlechter über finanzielle Belange informiert als Ältere. Über 40 Prozent der befragten 18- bis 20-Jährigen konnten eine Frage über Zinsen und Prozentsätze nicht beantworten, bei den über 50-Jährigen waren das nur 14 Prozent.

"Der Bericht sagt uns, dass wir noch mehr Anstrengungen im Sinne einer persönlichen Finanzerziehung in den Lehrplänen unternehmen müssen", zitiert der "Guardian" die britische Erziehungsministerin Ruth Kelly, die den Lehrer/innen bei der Umsetzung der Maßnahme Unterstützung versprach. Auch die Fi-

nanz-Service-Agentur sprach sich für eine neue nationale Strategie aus, um das Finanzwissen der Briten zu erhöhen. Geschehen soll dies durch Seminare, die den Beschäftigten im Zuge der beruflichen Weiterbildung angeboten werden, sowie durch das Versenden einschlägigen Informationsmaterials, so genannter „money doctor packs“ an junge oder werdende Eltern.

Kaum Finanzreserven

Was Politikern und Ökonomen vor allem Sorgen macht, ist, dass jüngere Briten überhaupt keine Kraft mehr haben, Finanzreserven zu bilden. Dabei wäre gerade dies dringend nötig, da auch in Großbritannien aufgrund des tendenziellen Rückbaus staatlicher Vorsorgeleistungen die Eigenvorsorge für die zukünftige Pension ein zentraler Bestandteil eines ausreichenden Einkommens im Alter ist. 70 Prozent der 18- bis 40-Jährigen besitzen keinerlei Ersparnisse in ausreichendem Maß. 42 Prozent der Erwachsenen verfügen derzeit noch über keinen Pensionsanspruch.

Diese Ergebnisse dürften der Diskussion um eine Erhöhung der staatlichen Pension, wie sie auch unlängst im sogenannten Turner-Report vorgeschlagen wurde, neue Nahrung geben, vermutet Guardian-Autor Patrick Collinson, zumal 81 Prozent der (noch nicht pensionierten) Befragten nicht glauben, dass sie im Alter mit der staatlichen Pension ihr Auslangen finden werden. Vier von zehn Befragten zahlen zudem in keine private Zusatzpension oder Firmenpension ein, welche die staatliche Rente aufbessern würde.

"Wir müssen den Jungen dringend helfen", sagt FSA-Chef John Tiner, der immer mehr Junge mit massiven Schulden schon in frühen Jahren sieht: „Sie sind die erste Generation, die das College mit massiven Schulden verlässt, und das Bestreiten der Wohnungskosten (...) ist für Jüngere in Teilen des Landes extrem schwierig geworden. Gleichzeitig sind die Jüngeren zu vollwertigen Konsumenten aufgestiegen. Vor zwanzig Jahren war es schwierig für einen 18-Jährigen, an eine Kreditkarte zu kommen, doch jetzt ist das relativ einfach."

500.000 Menschen über 18 Jahre haben laut Studie massive Finanzprobleme; das mag nicht nach einer großen Zahl klingen. Doch alleine zwei Millionen Haushalte (bzw. rund sechs Prozent der Bevölkerung) befinden sich in England in einem permanenten Kampf darum, das tägliche Leben zu finanzieren.

Quellen: Fast niemand hat Erspartes, in: ORF ON, 29.03.2006. Patrick Collinson: Study reveals financial crisis of the 18-40s, in: Guardian, 28.03.2006

Wofür geben Schweizer Jugendliche ihr Geld aus?

Wie Jugendliche den Umgang mit Geld bewerkstelligen, haben Thomas Bamert und Petra Oggenfuss von der Universität Zürich untersucht.

Der Zuwachs der Kaufkraft bei Schweizer Jugendlichen macht diese zu einer heftig umworbenen Zielgruppe für die Anbieter auf dem Markt. Der Kampf um junge Neukunden zahlt sich – beispielsweise für Banken oder Versicherungen – in der Regel aus, denn wer hier einmal Kunde ist, wechselt nicht so schnell zur Konkurrenz. Auf Probleme der Jugendlichen, mit Geld umzugehen, wird dabei im Allgemeinen jedoch wenig Rücksicht genommen.

Fragestellung

Da zahlreiche Medienberichte über den zunehmenden Trend zur Verschuldung und die Verbreitung von Kaufsucht auch bei Jugendlichen indizieren, dass für viele Jugendliche ein adäquater Umgang mit Geld durchaus nicht selbstverständlich ist, untersuchten Thomas Bamert und Petra Oggenfuss, zwei ForscherInnen der Universität Zürich, die finanzielle Realität von Jugendlichen im Kanton Zürich. Zu diesem Zweck befragten sie (teilweise online) rund 1.100 Jugendliche aus dem Kanton Zürich im Alter zwischen 15 und 22 Jahren darüber:

- wie viel Geld ihnen monatlich zur Verfügung steht
- was ihre wichtigsten Einnahmequellen sind
- wofür sie Geld ausgeben und wie viel
- ob / wie viel sie sparen
- ob sie Schulden haben

Alle befragten Jugendlichen befanden sich zum Befragungszeitpunkt (Mai bis Juli 2004) in einer Ausbildung, wobei der grösste Teil eine Lehre absolvierte und darum die Berufsschule besuchte (44%). Ein knappes Drittel der befragten Jugendlichen studierte an der Universität Zürich (31%) und rund ein Viertel absolvierte das Gymnasium (25%). Während der Grossteil der BerufsschülerInnen und Gymnasiasten im Kanton Zürich wohnhaft war, kamen die Studierenden aufgrund des größeren Einzugsgebiets der Universität Zürich auch aus anderen Regionen. 91 Prozent der befragten Jugendli-

chen wohnten noch im Haushalt der Eltern. Nur ein jeweils geringer Anteil der Jugendlichen lebte in einer Wohngemeinschaft (5%) oder alleine bzw. zusammen mit dem Partner/der Partnerin (3%).

Einnahmequellen

Im Durchschnitt stehen den Jugendlichen 676 Schweizer Franken (CHF) pro Monat zur Verfügung (vgl. Tabelle 1; 1 Franken = 0,654 Euro). Das monatliche Einkommen der Jugendlichen bewegt sich dabei zwischen 35 und 3.500 Franken. Bei rund 80 Prozent der Jugendlichen liegt das monatlich zur Verfügung stehende Geld zwischen 35 und 1.000 Franken. Dieser Betrag variiert je nach Schultyp. Den Gymnasiasten steht mit durchschnittlich 300 Franken am wenigsten Geld zur Verfügung. Die befragten BerufsschülerInnen verdienen im Durchschnitt monatlich rund 765 Franken. Über die höchsten Einnahmen verfügen die Studierenden mit monatlich 855 Franken.

Tabelle 1: Durchschnittliches Einkommen nach Schultyp (1 CHF = 0,654 Euro)

Schultyp	Monatliches Einkommen
Gymnasium	300 CHF
Lehre/Berufsschule	764 CHF
Universität	855 CHF
Gesamtdurchschnitt	676 CHF

Im Durchschnitt stammen 53 Prozent des Einkommens der Jugendlichen aus eigener beruflicher Tätigkeit. An zweiter Stelle steht mit fast 40 Prozent die Unterstützung durch die Eltern. Andere Einnahmequellen (etwa Stipendien) nehmen nur eine marginale Rolle ein. Wenig überraschend stellt bei BerufsschülerInnen die eigene berufliche Tätigkeit die Haupteinnahmequelle dar, während dies bei GymnasiastInnen und Studierenden die Unterstützung durch die Eltern ist (vgl. Abbildung 1).

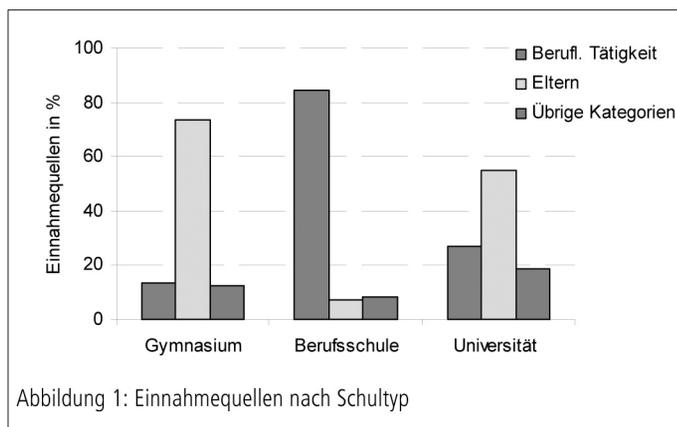


Abbildung 1: Einnahmequellen nach Schultyp

Tabelle 2: Ausgaben für einzelne Produktsparten

Produktsparte	Durchschn. Ausgaben/Monat in CHF
Ausgang: Bar, Club, Pub, Restaurant, Kino	116 CHF
Verpflegung unterwegs tagsüber	105 CHF
Kleider und Schuhe	96 CHF
Körperpflegeprodukte, Kosmetik	70 CHF
Reisen, Ferien, Kurztrips, Tagesausflüge	56 CHF
Handy, Telefon	49 CHF
Hobbies	38 CHF
Bike, Roller, Motorrad, Auto	33 CHF
Sport (Ausrüstung, Veranstaltung etc.)	29 CHF
Geschenke, Spenden	25 CHF
Zigaretten	19 CHF
Zeitschriften und Zeitungen, Bücher	19 CHF
CD/DVD	18 CHF
Einrichtungsgegenstände	11 CHF
Computer- und Videospiele	8 CHF
Gesamt	692 CHF

1 Franken = 0,654 Euro

Ausgabenpräferenzen

Die befragten Jugendlichen schätzen ihre monatlichen Ausgaben für Ausgehen, die Verpflegung sowie für Kleider und Schuhe am höchsten ein. Am niedrigsten sind die durchschnittlichen Ausgaben für Computerspiele und Einrichtungsgegenstände. Was den effektiven Geldbetrag betrifft, zeigt Tabelle 2, dass die Befragten für Ausgang und Verpflegung sowie für Kleider und Schuhe jeweils rund 100 Franken (64,5 Euro) im Monat ausgeben. Körperpflegeprodukte und Kosmetik sowie Reisen und Ausflüge rangieren noch vor dem Handy.

Die Summe der monatlichen Ausgaben ergibt einen Betrag von 692 Franken pro Person, während die durchschnittlichen Einnahmen pro Monat, wie erwähnt bloß auf 676 Franken ausmachen. Es besteht somit eine leichte Tendenz, mehr auszugeben als einzunehmen, wodurch auch weniger gespart werden kann.

Sparziele

Die Jugendlichen sparen monatlich durchschnittlich 158 Franken, wobei der Sparbetrag zwischen 0 und 1.100 Franken variiert. Für gut ein Fünftel der befragten Jugendlichen (22 Prozent) ist es nicht möglich, regelmäßig Geld auf die Seite zu legen.

Ferien und Reisen sind die wichtigsten Sparziele der Jugendlichen, gefolgt vom Führerschein bzw. einem

eigenen Fahrzeug. Viele Jugendliche sparen auch für „Unvorhergesehenes“ in der Zukunft, was die AutorInnen als Hinweis für ein gewisses Sicherheitsdenken unter den Jugendlichen deuten. Viele Befragte sparen für eine eigene Wohnung oder wünschen sich später einmal ein eigenes Haus, wofür sie jetzt schon Geld zur Seite legen.

Verschuldungsgrad

Gut 16 Prozent der befragten Jugendlichen gaben an, aktuell verschuldet zu sein. 83 Prozent der Jugendlichen hatten nach eigenen Angaben keine Schulden. In Berufsschulen ist der Anteil von Schülern, die angaben, Schulden zu haben, am höchsten. Auch Gymnasien haben einen relativ hohen Anteil an SchülerInnen mit Schulden, während an der Universität der Anteil an Studierenden mit Schulden sehr gering ist (vgl. Abbildung 2).

Geld leihen sich die verschuldeten Jugendlichen vor allem von anderen Familienmitgliedern und von Freunden aus. Viele Jugendliche überziehen auch das Bankkonto, wenn ihnen das Geld ausgeht. Außenstände über Leasing oder Kreditkarte wurden nur selten genannt. Einen Kleinkredit hatte noch keine/r der Befragten aufgenommen.

Wofür haben sich die Jugendlichen das Geld ausgeliehen? Die meisten für die Ferien bzw. den Urlaub

und fürs (abendliche) Ausgehen. Viele gaben auch das Handy als ursächlich für ihre Verschuldung an oder haben Schulden gemacht, weil sie eigenen Angaben zufolge generell Probleme im Umgang mit Geld haben.

Welche Faktoren beeinflussen das Ausgabeverhalten?

Folgt man Bamert und Oggenfuss, so sind es weniger Werbung und Filme, die das Kaufverhalten der Jugendlichen primär beeinflussen, sondern die Musikszene. Denn nur wenige befragte Jugendliche stimmten den Aussagen „Die meisten Dinge, die ich besitze, kenne ich aus der Werbung“ und „Manchmal kaufe ich Dinge, die ich in Filmen gesehen habe“ zu. Im Gegensatz dazu fand die Aussage „Mein bevorzugter Musikstil beeinflusst meinen Kleidungsstil“ allgemein große Zustimmung.

Der Untersuchung zufolge lassen sich weibliche Jugendliche bezüglich ihres Kaufverhaltens eher von der ‚Peer-Group‘ beeinflussen als männliche. Die AutorInnen schließen daraus, dass sich junge Frauen eher unter Druck fühlen, das Neueste zu besitzen, um in der Gruppe akzeptiert und ‚dabei‘ zu sein. Ausgehend von der Annahme, dass immer neu auftauchende Trends, beispielsweise bei elektronischen Geräten oder auch in der Mode, Jugendliche dazu verleiten, Käufe zu tätigen und Geld auszugeben, untersuchten sie weiters, wie ausgeprägt die Orientierung an Trends ist und wie gut Jugendliche über diese informiert sind. Es zeigte sich, dass vor allem bei den männlichen Jugendlichen und bei GymnasiastInnen aktuelle Trends einen hohen Stellenwert einnehmen. Die entsprechenden Jugendlichen kaufen vorzugsweise in trendigen Läden ein, wissen bestens darüber Bescheid, was gerade ‚in‘ ist und informieren diesbezüglich auch Freunde und Bekannte. Was den Einfluss von Marken betrifft, stellen Bamert und Oggenfuss fest, dass Marke und Prestige

Mit dem Finanzführerschein gegen Verschuldung

Peter Kopf von der IfS-Schuldenberatung Vorarlberg informiert über ein neues Instrument zur Schuldenprävention.

Seit Bestehen der IfS-Schuldenberatung Vorarlberg im Jahr 1988 ist den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern klar: Informierte und selbstbewusste Menschen tapen bedeutend weniger häufig in Schuldenfallen

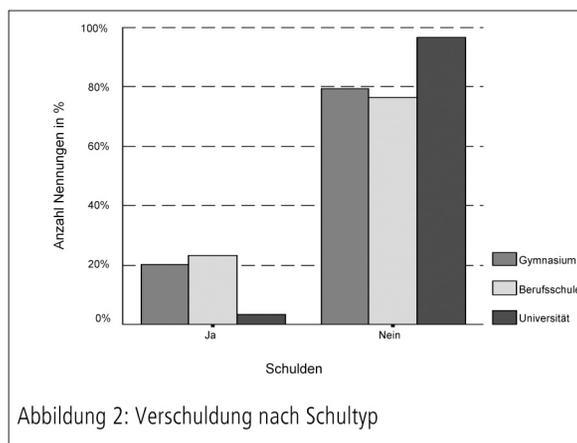


Abbildung 2: Verschuldung nach Schultyp

für weibliche Jugendliche und für GymnasiastInnen einen höheren Stellenwert haben als für die übrigen befragten Jugendlichen.

Kein Tabuthema

Die Zürcher Studie zeigt, dass bezüglich des Ausgabeverhaltens von Jugendlichen große Unterschiede zwischen Schultypen und Geschlechtern existieren, d.h. die Jugendliche stellen eine sehr heterogene Gruppe dar. Das Ausgabeverhalten ist, so die AutorInnen, zudem ein sehr komplexer und teilweise intuitiver Vorgang, dessen Abläufe nicht komplett erfasst werden könnten. Den ermittelten Befund, dass sowohl BerufsschülerInnen wie auch GymnasiastInnen zu jeweils rund 20 Prozent verschuldet sind, sehen sie als Hinweis darauf, dass Schulden bei Jugendlichen kein Tabuthema sind und doch eine Reihe von Jugendlichen mehr Geld ausgeben, als ihnen zur Verfügung steht.

Quelle: Thomas Bamert / Petra Oggenfuss: Ausgabeverhalten von Jugendlichen. Ergebnisse einer Befragung von Jugendlichen im Kanton Zürich. Kurzbericht der Studie, Universität Zürich, 2005

als solche, die sich nicht informieren und denen Vertragsbedingungen, Kosten für Kredite und Zinsen nicht mehr bedeuten als ein südgrönländischer Dialekt. Natürlich sind es nicht nur die Uninformierten, die Probleme mit Schulden haben. Häufig sind von Überschuldung auch Menschen betroffen, denen das Schicksal böse mitspielt. Dazu gehören Arbeitslosigkeit, Scheidung und Trennung oder Unfall und Krankheit. Dagegen ist oft kein Kraut gewachsen und wer trotz aller Umsicht plötzlich vor einem nicht mehr bewältigbaren Schuldenberg steht, leidet oft doppelt. Aber selbst hier gilt: Wer sich informiert, wer rasch

handelt, gegensteuert und vor allem die richtigen Schritte setzt, tut sich oft bedeutend leichter im Lösen der Schuldenproblematik. Wer aber den Kopf in den Sand steckt und sich einem vermeintlich ausweglosen Schicksal ergibt, verschlimmert die Situation und vergrößert seine Notlage. Information und Aufklärung sind also auch im Zusammenhang mit Schulden ein Gebot der Stunde.

Information und Aufklärung

Aus diesen Gründen setzte die IfS-Schuldenberatung immer schon auf Prävention. Und von Anfang an gab es Partner, die dieses Anliegen mittrugen. Behörden, Lehrer, Lehrlingsausbildner oder Jugendarbeiter verschafften uns eine größere Nachfrage, als wir mit unseren Personalressourcen bewältigen konnten. Im Jahr 2002 kam endlich der große „Präventionsdurchbruch“. Mit dem vom Land, dem AMS und der Wirt-

schaftskammer Vorarlberg finanzierten Projekt „Schuldenfrei ins Leben“ konnte eine Mitarbeiterin für 20 Wochenstunden angestellt werden. Von nun an ging's bergauf. In zahlreichen Workshops und Veranstaltungen war die IfS-Schuldenberatung in der Lage, jährlich ca. 2.000 Jugendliche im Umgang mit Geld fit zu machen. Das Land Vorarlberg hat den Nutzen erkannt und aus diesem Projekt heraus im Jahr 2005 die IfS-Schuldenberatung beauftragt, einen Finanzführerschein zu konzipieren. Daraus wurde die Aktion „Fit fürs Geld – Vorarlberger Finanzführerschein“, die neben den ursprünglichen Partnern auch von der AK Vorarlberg, der Jugendinformation „aha – Tipps und Infos für junge Leute“ und von vier Vorarlberger Banken getragen wird. Zwei Vorarlberger Medien sind ebenfalls in diese Partnerschaft eingebunden. Und aus der ursprünglichen Halbtagsanstellung wurden 1,25 Personaleinheiten.

Bewertung durch die TeilnehmerInnen

Der Finanzführerschein sieht folgende Themen und Abstufungen – angelehnt an den Stufenführerschein – vor:

*Stufe S: Finanzführerschein für 10/11-Jährige
Woher kommt das Geld? Wünsche und Bedürfnisse, Geld ist begrenzt, Geldkreislauf, Taschengeld, ...*

*Stufe M: Finanzführerschein für 14/15-Jährige
Geld einteilen, Sparen, Umgang mit Banken (Karten, Konto, ...), Lehre oder Schule?, fremdes Geld, ...*

*Stufe L: Finanzführerschein für 16 bis 18-Jährige
Volljährigkeit – was verändert sich? Lebensziele und –planung, Umgang mit Banken (Karten, Konto, Kredit, ...), Folgen von Schulden und Überschuldung, Sparen, Vorsorgen, selbstständig werden, ...*

Alle durchgeführten Workshops wurden am Ende der Veranstaltung evaluiert. In Stufe S betrachtete eine Mehrheit von 81,2 Prozent der 365 TeilnehmerInnen die in den Workshops besprochenen Themen als wichtig für ihr eigenes Leben. 311 Kinder (85,2%) haben die Frage: „Hast du alles verstanden?“ positiv beantwortet. Auch bei der Frage, ob es möglich war, Fragen zu stellen, antwortet die überwiegende Mehrzahl (87,4%) mit Ja. Knapp zwei Drittel der TeilnehmerInnen (65,2%) gaben an, nach Absolvierung des Workshops anders über Geld zu denken.

Für mehr als drei Viertel aller TeilnehmerInnen dieser Altersstufe wurden in den Workshops neue Informationen vermittelt.

In Stufe M gaben über 90 Prozent der TeilnehmerInnen an, dass die Informationen ausreichend waren, nahezu 7,9 Prozent hätten gerne mehr gehört. Dabei bewerteten 632 von 692 Jugendlichen die Inhalte als lebensnah und als für sie persönlich relevant. 92,2 Prozent gaben an, dass sie alles verstanden haben und Fragen möglich waren. Für 54 TeilnehmerInnen sind allerdings noch einige Fragen offen geblieben, 13 davon gaben an, dass sie sich nicht getraut hatten, Fragen zu stellen. Der eigenen Einschätzung nach wird die Teilnahme am Finanzführerschein für 402 Jugendliche das zukünftige Finanzverhalten beeinflussen, 72 TeilnehmerInnen beantworten diese Frage hingegen mit „eher nicht“. In Stufe L hielt eine Mehrheit von 232 (von 285) Jugendlichen die vermittelten Informationen für ausreichend, 53 Personen sprachen sich für mehr Informationen aus. Über die Hälfte der TeilnehmerInnen gab an, dass ihnen einige der Inhalte bereits bekannt waren. 26,4 Prozent haben vor allem Neues gehört. Die Inhalte wurden auf jeden Fall verständlich erklärt. Fast 95 Prozent gaben an, dass sie alles verstanden haben. Zwei Drittel der TeilnehmerInnen gaben in dieser Stufe an, dass die vermittelten Informationen ihr zukünftiges Finanzverhalten beeinflussen werden.

Bisherige AbsolventInnen des Finanzführerscheins

Schule	Anzahl der AbsolventInnen	Stufe
Hauptschule Schruns Dorf	17	S
	18	S
Volksschule Bartholomäberg	12	S
Riedenburg	31	S
	32	S
Volksschule Dornbirn Rohbach	22	S
Hauptschule Lech	16	S
Hauptschule Lech	20	M
Hauptschule Dornbirn Haselstauden	20	M
	24	M
Jupident (HP5, BVJ)	12	M
Jupident (BVS 2a und 2b)	12	M
Poly Außermontafon	14	L
	19	L
	19	L
	18	L
HTL Rankweil	11	L
Gesamt:	317	S/M/L

führerschein nur in der Gruppe. Das bedeutet, dass beispielsweise ein Lehrer für seine Klasse die verschiedenen Module, die in der jeweiligen Stufe angeboten werden, bucht und die Termine vereinbart. Die absolvierten Termine werden zentral – aus Datenschutzgründen bei der IfS-Schuldenberatung und nur für den Zweck des Finanzführerscheines – gesammelt und verwaltet. Wenn eine Klasse (das können aber auch eine Gruppe Lehrlinge in einem Betrieb, eine Gruppe Jugendlicher in einem Jugendzentrum, ein Kurs in einem gemeinnützigen Beschäftigungsprojekt oder Mitglieder einer gebundenen Jugendgruppe sein) die vorgesehenen Module absolviert hat, erhalten die Teilnehmer den Finanzführerschein. Sie sind damit „Fit fürs Geld“ und nehmen mit dem Führerschein an einer

Die Arbeiten der ersten Monate dieses Jahres waren geprägt von der Abstimmung der einzelnen aktiven Partner, der Erstellung der Workshop- und Informationsunterlagen sowie der Homepage www.fitfuersgeld.at. Ein Statistikprogramm wurde erstellt, um die „Finanzführerscheinabsolventen“ erfassen zu können und um sicherzustellen, dass jeder, der die „Finanzfahrerschule“ absolviert hat, zu seinem Führerschein gelangt, der wie auch der richtige Führerschein als Plastikkarte an den Mann und die Frau gebracht wird.

Noch vor Schulschluss im Juli 2006 haben bereits mehr als 900 Jugendliche mindestens einen Workshop im Rahmen des Vorarlberger Finanzführerscheins besucht und 317 Jugendliche sind bereits Absolventen ihrer Stufe des Finanzführerscheins.

Der Vorarlberger Finanzführerschein als Stufenführerschein

Angelehnt an die Führerscheine, die junge Menschen machen können – Fahrrad-, Moped- und Autoführerschein – bietet der Finanzführerschein für die Altersgruppen der 10/11jährigen, der 14/15jährigen und der 16-18jährigen mehrere Module an, die von den Partnern angeboten und durchgeführt werden. So gibt es Module der IfS-Schuldenberatung, der AK, des AMS (Berufsinformationszentrum), des „aha“ und der Banken. Gebucht werden kann der Vorarlberger Finanz-

Abschlussveranstaltung teil, bei der es Preise – ebenfalls aus dem Sicherheits- und Präventionsbereich (Fahrsicherheitstrainings, Schutzbekleidung für Skater, Snowboarder etc.) – zu gewinnen gibt.

Bei den Workshops stehen – selbstverständlich immer auf die jeweilige Altersgruppe abgestimmt – folgende Fragen im Mittelpunkt:

- Wofür gebe ich mein Taschengeld aus?
- Welche Möglichkeiten habe ich, um den Überblick über meine Finanzen zu behalten?
- Was ist zu tun, wenn ich die Bankomatkarte verliere und was ist rund ums Handy zu beachten?
- Autokauf – ist die Anschaffung schon alles?
- Wie kann die Finanzplanung eines Zweipersonenhaushaltes ausschauen?

Natürlich kann Präventionsarbeit niemals verhindern, dass es zu Problemen oder Fehlverhalten kommt. Aber die Beschäftigung mit diesen Themen, das Ausprobieren an praktischen Beispielen und die Möglichkeit, Fragen zu stellen, sind ein wesentlicher Beitrag, um die Selbstkompetenz in Geldangelegenheiten zu vergrößern. Und gerade darauf kommt es an. Es geht bei dieser Arbeit darum, die Wahlmöglichkeiten der Jugendlichen zu vergrößern oder, um es fachsprachig auszudrücken, es soll „Hilfe auf dem Weg zu ökonomischen“

mischer, sozialer, kultureller und psychischer Eigenständigkeit" vermittelt werden. Ziel der Aktion „Fit fürs Geld – Vorarlberger Finanzführerschein“ ist es nicht, den Jugendlichen Entscheidungen abzunehmen oder ihnen den „richtigen“ Weg zu weisen. Vielmehr sollen damit Informationen und Tipps, die Orientierung bieten, vermittelt werden. Dass dies gelingt, zeigen die große Nachfrage und die positiven Rückmeldungen der Jugendlichen, aber auch der Lehrer, Ausbilder oder Jugendarbeiter.

Peter Kopf

In der Schuldenfalle

Viele Haushalte in Deutschland haben finanzielle Probleme, immer mehr geraten in die Schuldenfalle. Es handelt sich dabei meist um ganz "normale" Bürger und nicht etwa um leichtsinnige Gemüter, die das Geld mit beiden Händen zum Fenster hinaus werfen. Über drei Millionen Haushalte in Deutschland sind verschuldet, die Zahl der Privatinsolvenzen steigt. Die Ursachen dafür sind vielfältig.

Hat man sich erst einmal an mehreren Stellen finanziell übernommen, zum Beispiel durch die Urlaubs- oder Konsumfinanzierung, gerät man leicht in die Schuldenfalle. Vergleichsweise schwieriger ist es, aus ihr wieder herauszukommen. Egal, ob mit oder ohne Schulden, die Herangehensweise an die Analyse der eigenen Situation ist gleich: Man muss die Einnahmen mit den Ausgaben vergleichen. Übersteigt die Ausgabenseite die Einnahmenseite, ist man vielleicht bereits in der Schuldenfalle oder wird es bald sein.

Mehr als drei Millionen deutsche Haushalte sind laut "Schuldenreport 2006" derzeit praktisch pleite: Sie verdienen nicht genug, um ihre fixen monatlichen Ausgaben wie Miete, Versicherungen und Ratenzahlungen decken zu können. "Überschuldung" nennen Fachleute dieses Phänomen. Die Wege in die Schuldenmisere sehen oft verblüffend ähnlich aus: Sie sind gepflastert mit Krediten – für das Auto, den Fernseher oder auch den ersehnten Traumurlaub.

Mit rund 999 Milliarden Euro stehen die Deutschen derzeit insgesamt in der Kreide, hat der Bundesverband der Verbraucherzentralen (vzbv) errechnet. 765 Milliarden davon entfallen auf Immobilienkredite, 132 Milliarden auf Ratenzahlungen – etwa für Auto,

IfS-Schuldenberatung Vorarlberg

DSA Peter Kopf – kopf.peter@ifs.at

Mag. Marga Moosbrugger

moosbrugger.marga@ifs.at

Mehrerauerstraße 3

6900 Bregenz

www.fitfuersgeld.at

Urlaub oder Waschmaschine. Und immerhin 19 Milliarden Euro schulden KundInnen ihren Banken für überzogene Konten.

Banken in der Kritik

Die Hauptschuld für die steigende Verschuldung von Privathaushalten sehen Verbraucherschützer vor allem bei den Banken. Sie machen es ihrer Ansicht nach den Kunden zu leicht, einen Kredit aufzunehmen – und gehen dabei oft auch hart an die Grenzen seriöser Beratung. So werden nach Angaben des vzbv beispielsweise Kunden zum Teil zu Krediten überredet, die ihre Möglichkeiten zur Rückzahlung weit übersteigen: Dabei kann es durchaus vorkommen, dass ein/e ArbeitnehmerIn mit einem Einkommen von 1.300 Euro letztendlich Monatsraten von 400 Euro zu zahlen hat. Das Scheitern ist in diesem Fall fast vorprogrammiert, der erste Schritt in die Schuldenfalle getan. Die Banken sehen ihrerseits vor allem die Verbraucher in der Verantwortung – und die Situation nicht als Problem: 97,5 Prozent aller Kredite würden problemlos zurückgezahlt, erklären Vertreter des deutschen Bankenfachverbandes. Und wenn ein Kredit platze, dann vor allem wegen so genannter unvorhersehbarer Lebensereignisse wie Arbeitslosigkeit, Scheidung und Krankheit.

Ob man nun eher sorglos vermittelte Kredite, unvermittelte Arbeitslosigkeit oder beides zusammen als Einstieg in die Schuldnerlaufbahn betrachtet, eine Beobachtung der Verbraucherschützer sollte auf jeden Fall zumindest gegenüber Krediten vorsichtig machen: Von allen Banken vergibt die Citibank laut eigenen Angaben deutschlandweit die meisten Verbraucherkredite (etwa für den Kauf von Autos, Küchen oder Fernseher), Ende Juni zusammengerechnet über 8,5 Milliarden Euro. Aber: Gerade deren Kunden sitzen dem Bayrischen Rundfunk zufolge besonders häufig in der Schuldnerberatung.

Die fünf häufigsten Schuldenfallen

Dorthin sollte man sich auf alle Fälle begeben, wenn man bereits tief im Netz aus Schulden verstrickt ist, denn erfahrungsgemäß kann man sich daraus aus eigener Kraft kaum noch befreien. Bevor es jedoch soweit kommt, sollte man sich überlegen, wie man Ausgaben reduzieren oder mehr Einnahmen – eventuell durch einen Nebenjob – erzielen könnte. Beachten sollte man auf alle Fälle die Ausgaben in folgenden Bereichen, die ExpertInnen zufolge die fünf häufigsten Schuldenfallen darstellen:

- **Kreditkarten:** Insbesondere bei Zahlungen mit Kreditkarten verliert man schnell die Übersicht über seine finanziellen Möglichkeiten, da die Beträge erst nach einigen Tagen oder gar Wochen abgebucht werden.
- **Dispositionskredit:** Ein Dispositionskredit ist nur ratsam, wenn man kurzfristig und einmalig sein Konto für eine bestimmte Ausgabe überziehen muss. Seinen Lebensunterhalt mit einem Dispositionskredit zu finanzieren, führt häufig in eine finanzielle Katastrophe. Durch die erheblichen Zinsen bleibt einem immer weniger Geld übrig und man benötigt dann einen immer höheren Dispositionsrahmen.
- **Versandhauskäufe:** Eine Übersicht über seine finanziellen Möglichkeiten verliert man auch, wenn man immer wieder bei Versandhäusern bestellt und diese Bestellungen nicht auf einmal, sondern in Raten von einem Kundenkonto bezahlt. Die Gefahr ist groß, den Überblick über die Raten zu verlieren. Auch die Dauer der Zahlungsverpflichtung wird häufig unterschätzt. So kann sich vor Abzahlung der Raten die finanzielle Situation so sehr ändern, dass man den Zahlungsplan nicht mehr einhalten kann.
- **Handygebühren:** Hohe Grund- und Tarifgebühren bei Handys können zu finanziellen Schwierigkeiten führen. Gerade während der ersten Monate der Nutzung laufen oft hohe Summen auf. Dies liegt zum einen an der späten Abrechnung der Handyanbieter und zum anderen daran, dass die Kunden häufig die Anzahl der von ihnen geführten Telefonate oder verschickten SMS und die damit verbundenen Gebühren unterschätzen. Schuldnerberatungsstellen stellen dies insbesondere bei Jugendlichen fest.
- **Auto:** Die Kosten für ein Auto werden häufig unterschätzt. Neben den laufenden Kosten für Benzin, Öl und Ersatzteile schlagen vor allem Kredit- und Leasingraten ein Finanzloch. Auch (über-

höhte) Beiträge zur Kfz-Vericherung, unvorhersehbare Reparaturkosten, Kfz-Steuern und Rücklagen für die Neuanschaffung müssen berücksichtigt werden.

Tipps bei Schulden

Georg Döller und Annette Fuß vom ZDF-Magazin WISO haben (basierend auf der Rechtslage in Deutschland) Tipps zusammengestellt, die helfen sollen, die laufenden Kosten im Auge zu behalten. Im Folgenden eine Auswahl:

Miet- und Energieschulden für Strom, Gas und Wasser sollten unbedingt vermieden werden. Ansonsten muss man mit einer Wohnungskündigung, drohender Obdachlosigkeit oder einer Sperre durch die Energieunternehmen rechnen. Auch wenn man mit der finanziellen Situation bereits überfordert ist, sollte man von dubiosen Kreditvermittlern die Finger lassen. Diese versprechen problemlose Kreditgewährung, die Kredite sind aber besonders teuer, und man verliert zusätzlich Geld. Auch Schuldenregulierungsfirmen bieten keine Lösung für Geldprobleme. Außer zusätzlichen Kosten und damit noch mehr Schulden bleibt meist nichts übrig. Beide vermeintlichen Lösungswege können den Gang zu seriösen Schuldnerberatungsstellen nicht ersetzen.

Bringt der zukünftige Ehepartner Schulden in die Ehe mit, sollte man unbedingt einen notariellen Ehevertrag abschließen. Auch bei geerbten Schulden muss einiges beachtet werden. Als (verschuldeter) Erblasser sollte man Familie und Erben über die eigene finanzielle Situation nicht im Unklaren lassen und ihnen rechtzeitig mitteilen, wie hoch der Schuldenstand ist, damit die Erben das Erbe ausschlagen können. Stellt man als Erbe fest, dass der/die Verstorbene Schulden hinterlassen hat, muss man innerhalb bestimmter gesetzlicher Fristen die Erbschaft ausschlagen, das Erbe anfechten oder Nachlassinsolvenz beantragen.

Falls die Raten für die Immobilienfinanzierung des Eigenheims oder einer Eigentumswohnung langfristig nicht bedient werden können, sollte man versuchen, das Haus selbst zu verkaufen, bevor die Gläubiger eine Zwangsversteigerung betreiben, da der Verkauf in der Regel mehr einbringt als eine Zwangsversteigerung. Zudem fallen hier nicht die mit der Zwangsversteigerung verbundenen Kosten an. Im Grundbuch eingetragene Gläubiger müssen allerdings mit dem Verkauf einverstanden sein.

Quellen: Privatinsolvenz: Wege in die Schuldenfalle, in: www.br-online.de; Menschen in der Schuldenfalle, www.zdf.de

Geiz ist geil – sparen auch?

Über die erste Geizhalszeitung in Österreich

Redaktionssitzung der Geizhalszeitung Dienstag abends in der Linzer Stockhofstraße. Es werden noch Themen für die kommende Ausgabe gesucht. Wir, die zwei Autorinnen dieses Artikels, und zwei ehrenamtliche Kolleginnen gehen Ideen durch und sichten die LeserInnenbriefe und Lesertipps. Nach ca. eineinhalb Stunden stehen die Themen fest und es wird festgelegt, wer sich womit ausführlicher beschäftigt und wann die Texte vorliegen sollen. Den Rest, d.h. die Endredaktion, erledigen wir. Alle KollegInnen lesen dann den Entwurf und geben ihre Anregungen dazu, ein Kollege macht das Layout und das Sekretariat ist für den Versand zuständig, 2.752 Exemplare müssen kopiert und verschickt werden.

Hintergrund / Motivation

Seit nun fast sechs Jahren gibt es die erste österreichische Geizhalszeitung. Entstanden ist sie aus der Erfahrung heraus, dass unsere Klienten in der Schuldnerhilfe gezwungen sind, mit wenig Geld auszukommen und ein sparsames Leben für viele eine Notwendigkeit ist. Wir wollten daher schon seit längerem Zeichen in Richtung sparsame Haushalts- und Lebensführung setzen. Erste Versuche in diese Richtung machten wir mit haushaltspädagogischen Gruppen, bei denen Betroffene die Möglichkeit hatten, sich auszutauschen und gemeinsam neue Strategien zu entwickeln. Die Praxis zeigte aber, dass der eigene Umgang mit Geld und das Thema Sparen zu große Tabuthemen waren (und immer noch sind) und die Gruppen zu wenige Teilnehmer hatten oder nur wenige Treffen zustande kamen.

Aus dieser Erfahrung heraus suchten wir ein anderes Medium und stießen dabei auf die „Geizhalsbewegung“, die aus Amerika kam und in Europa durch das holländische „Geizhalsehepaar“ Hanneke van Veen und Rob van Eden gerade Bekanntheit erlangt hatte. Deren Bücher und Vorträge, die bei vielen eine Mischung aus Faszination und Abschreckung auslösten, schafften es aber gerade dadurch, Aufmerksamkeit zu erregen und in den Medien präsent zu sein.

Wir entdeckten, dass es in Deutschland eine Art Geizhalszeitung gab, und begannen uns näher damit zu beschäftigen. Schnell wurde klar, dass eine Zeitung am besten die Kriterien erfüllte, die uns wichtig waren:

- Die LeserInnen konnten anonym bleiben.
- Es sollten möglichst viele Leute erreicht werden können.
- Das Angebot sollte kostenfrei für die LeserInnen sein.

Ziele

Ziel der Zeitung war, sich mit Sparen auseinander zu setzen, was etwas völlig Neues war, wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele Hochglanzmagazine sich mit dem Gegenteil, nämlich mit Geldausgeben und Kaufen, beschäftigen. Sparen sollte so vom „Arme Leute-Stigma“ befreit werden und mehr soziale Anerkennung finden. Sparsamkeit im Sinne der Geizhalsbewegung bedeutet den Versuch, mit weniger Geld gut zu leben, und darüber wollten wir schreiben.

Von Anfang an war dabei klar, dass die Zeitung ein Projekt war, das völlig von der Schuldnerberatung getrennt gesehen werden musste. Wir verordnen unseren KlientInnen keine Tipps zu mehr Sparsamkeit, aber wir legen die Zeitung im Wartezimmer auf und jeder der will, kann sie mitnehmen.

Ausgabe

Nr. XXV

Juni 2006

1. Geizhalszeitung in Österreich

... für einen bewussten und sparsamen Umgang mit Geld



Inhalte

Uns war bei den Inhalten der Zeitung immer besonders wichtig, Sparen mit nachhaltigem und bewusstem Konsum zu verbinden. Unsere Rezepte sind daher immer mit saisonalen Produkten gekocht. Erdbeeren im Winter, wenn auch noch so günstig, wären bei uns kein Thema.

Der Wegwerfphilosophie (kauf 3, bezahl 2 und wirf dann eines weg, weil es nicht gebraucht wird) versuchen wir entgegenzuwirken, indem wir uns z.B. immer wieder mit Themen wie Reparaturen, Recycling oder Resteverwertung beschäftigen oder uns Gedanken zur längeren Haltbarkeit von Dingen machen (so geschehen z.B. in einem Artikel über Schuhpflege).

Die Praxisbezogenheit der Zeitung ist uns sehr wichtig. Die Spartipps müssen umsetzbar und sollten erprobt worden sein. Die konkreten Tipps sind für uns immer noch das Herz der Zeitung.

Aber auch der kritischen Auseinandersetzung mit dem Thema Konsum soll Raum gegeben werden. Sie geschieht zunehmend durch Beiträge von anerkannten ExpertInnen aus möglichst verschiedenen Fachrichtungen. Beispielsweise hat sich in einer der letzten Ausgaben eine Theologin mit dem Begriff Geiz auseinandergesetzt. Auch haben wir Interviews mit in der Öffentlichkeit stehenden Leuten geführt und sie zu ihrer Einstellung zum Thema Sparen befragt.

Diese Mischung aus Fachartikeln, allgemeinen Artikeln zu bestimmten Themen (z.B. Wohnen, Gesundheit, Kosmetik...), Tipps, Rezepten und LeserInnenbriefen hat sich als sinnvoll herausgestellt. Sie gewährleistet, dass für jede/n LeserIn etwas dabei ist.

Resonanz

Nach der ersten Ausgabe war das Medieninteresse enorm. Mehrere Tageszeitungen schrieben darüber, wir gaben Radiointerviews und wurden zu Fernsehsendungen eingeladen. Wir hatten offensichtlich ein Thema aufgegriffen, das auf reges Interesse stieß. Der Name „Geizhalszeitung“, der auch immer wieder kritisch hinterfragt wurde, sorgte dafür, dass wir in der Flut der Informationen nicht untergingen und auffielen.

Sicherlich kam uns entgegen, dass wir einem gerade aufkommenden Trend entsprachen. Slogans wie „Geiz ist geil“, „Ich bin doch nicht blöd“ (mehr zu bezahlen) u.a. sind erst später aufgekommen und haben dazu geführt, dass heute Geiz schon fast wieder als Tugend gilt.

Sehr zum Bedauern der Medien haben wir beide uns nicht als „die österreichischen Paradegeizhalse“ vermarkten lassen. Es wäre oft leichter gewesen, die Geizhalsbewegung wie in Holland über konkrete Personen an die Öffentlichkeit zu bringen. Wir wollten aber immer, dass das Projekt Geizhalszeitung nicht ins Lächerliche abgeleitet und die Grenze zwischen Hilfe und Zynismus gewahrt bleibt, auch wenn wir über die Jahre hinweg die eine oder andere Kritik einstecken mussten.

LeserInnen

Die Geizhalszeitung spricht viele Menschen an, die aus ökologischen, sozialen und ethischen Motiven Abstand von der Konsumgesellschaft suchen und nicht aus Notwendigkeit. Aber wir haben auch LeserInnen, die sich dazu bekennen, an der Armutsgrenze zu leben und aus eigener Erfahrung oft die besten Tipps geben können. Die große positive Resonanz, die wir auch nach fast sechs Jahren noch bekommen, macht uns zufrieden und nur mit Hilfe von LeserInnen-tipps schaffen wir es, Zeitung um Zeitung mit Inhalten zu füllen.

Resümee

Geiz ist vielleicht geil, wenn man nicht darauf angewiesen ist, billig einzukaufen, sondern mit voller Briefftasche auf Schnäppchenjagd gehen kann. Das ist für viele aber nicht die Realität. Doch indem es salonfähiger wurde, darüber zu reden, haben auch diejenigen profitiert, die sparen müssen. Ob ich beim Konsumrausch nicht mitmachen will oder nicht kann, ist ja meist nicht sichtbar.

Die Geizhalszeitung ist so für uns zu einem stabilen Medium geworden. Wann immer wir sie mitnehmen und auflegen, erntet sie eine Mischung aus Belustigung und Interesse und meist wird sie mitgenommen. In diesem Sinn sind wir zuversichtlich, dass es auch die Sonderausgabe zum zehnjährigen Jubiläum der Geizhalszeitung im Jahr 2010 geben wird.

*Maria Casagrande, Katharina Malzer
Redaktionsteam Geizhalszeitung*

Der Originalartikel erschien in asb informationen 54 / März 06. Nachdruck mit freundlicher Genehmigung von Frau Malzer. Bestellungen der Geizhalszeitung an: linz@schuldner-hilfe.at. Alle Ausgaben sind auch unter www.schuldner-hilfe.at als pdf-Datei erhältlich.

Entschuldung durch Privatkonkurs

1995 wurde der so genannte Privatkonkurs in die österreichische Konkursordnung aufgenommen. Seitdem haben nicht nur Unternehmen, sondern auch verschuldete Privatpersonen eine realistische Chance, dass ihnen bei Zahlungsunfähigkeit ein Teil der Schulden erlassen wird.

Das österreichische Konkursrecht, basierend auf der Konkursordnung des Jahres 1869, verfolgte von Anfang an folgende grundlegenden Ziele:

- Gleichbehandlung der Gläubiger
- Gleichzeitigkeit der Befriedigung für alle Gläubiger
- Verwertung des gesamten Vermögens des Schuldners

Das Insolvenzrecht ist aus dem Exekutionsrecht herausgewachsen, denn der dort geltende Grundsatz der Spezialität (die Forderung eines Gläubigers wird durch die Verwertung eines oder mehrerer Sachen des Schuldners möglichst zur Gänze hereingebracht) muss dann verlassen werden, wenn das Vermögen augenscheinlich nicht mehr ausreicht, um alle Gläubiger zu befriedigen.

Sehr bald trat neben die reine Liquidation des schuldnerischen Vermögens der Weg der quotenmäßigen Befriedigung der nicht besicherten Gläubiger durch einen Ausgleich, also eine im Gericht geschlossene Vereinbarung des Schuldners mit seinen Gläubigern: der Zwangsausgleich war somit geboren. Es hat seit seiner Einführung alle möglichen gesetzlichen Mindestquoten gegeben. Derzeit beträgt die Mindestquote für einen Zwangsausgleich 20 Prozent, zahlbar längstens innerhalb von zwei Jahren nach Abschluss. Wer das mit seinen Gläubigern vereinbaren kann (Mehrheitsabstimmung) und auch tatsächlich abbezahlt, der wird nicht nur die anderen 80 Prozent an Schulden los, sondern darf sein Vermögen behalten. Für ein Unternehmen ist dies eine unerlässliche Voraussetzung, denn anders könnte es gar nicht weitergeführt werden.

Nun zeigte sich Hand in Hand mit der zunehmenden Verschuldung der Haushalte in Österreich – ein Phänomen, das man zeitlich mit der Einführung des Girokontos für Private (bargeldlose Gehaltszahlung) und der Deregulierung des österreichischen Kreditwesens,

also in die frühen 70er Jahre verorten kann –, dass auch die Probleme mit den Konsumschulden zugenommen haben. Schulden privater Personen können auf dem Konkursweg zwar mit einer Liquidation des Vermögens eventuell verringert werden, doch stellte sich regelmäßig heraus, dass ein Zwangsausgleich mit immerhin 20 Prozent Mindestquote – damals innerhalb eines Jahres zu begleichen – für eine verschuldete Privatperson unmöglich zu erlangen war. Diese Personen bleiben also nach einem Konkurs für 30 Jahre für sämtliche Forderungen haftbar; Forderungen, welche die Eigenschaft haben, durch weitere Rechtsverfolgungsschritte und Zinsenweiterlauf nicht unerheblich anzuwachsen.

Besonderheiten des Privatkonkurses

Genau hier setzte der Entwurf zum Privatkonkurs an. Nach dem Vorbild anderer Länder – nicht zuletzt der Bundesrepublik Deutschland, wo Anfang der 90er Jahre schon einigermaßen ausgefeilte Entwürfe zur Konkursrechtsnovelle (der jetzigen Insolvenzordnung) diskutiert wurden – wurde auch in Österreich ein System entwickelt, das die Entschuldung von Privatpersonen zum Ziel hatte. Dazu waren aber neue Umstände und Mechanismen in das Konkursrecht einzubauen:

- *Kostentragung der öffentlichen Hand* für vermögenslose Schuldner: Dies wurde durch die Schaffung von so genannten bevorrechteten Schuldnerberatungsstellen erreicht, die aus Mitteln der Gebietskörperschaften (Bund, Länder, Gemeinden) oder karitativer Einrichtungen finanziert werden. Überdies werden im Verfahren entstehende Kosten (der Veröffentlichung, der bestellten Masseverwalter) von der Republik vorgeschossen.
- *Zeitliche Beschränkung von Pfandrechten am Einkommen*: Da das Einkommen bei unselbstständig Beschäftigten die wesentliche Geldquelle für die Bedienung von Schulden darstellt, war klar, dass ohne einen Eingriff in vertragliche oder exekutive Pfandrechte am Einkommen das Konkursverfahren kein Ergebnis für andere unbesicherte Gläubiger erzielen würde. Daher erlöschen nach dem österreichischen Konkursrecht vertragliche Pfandrechte nach zwei Jahren sowie exekutive Pfandrechte sofort mit der Konkurseröffnung.
- *Kostengünstigkeit des Verfahrens*: Durch ein schlankes Verfahren beim Bezirksgericht mit der Möglichkeit der Eigenverwaltung sollte das Verfahren kostengünstig gehalten werden. Nach der Einführung der Veröffentlichung über Internet (Ediktsdatenbank) und bestellte Masseverwalter in anfänglich ca. 25 Prozent der Verfah-

ren ließ sich dieses kostengünstige Verfahren auch realisieren.

- **Keine Mindestquote:** Das Schuldenregulierungsverfahren in Österreich kennt keine Mindestquote. Das bedeutet, dass ein Schuldner sich mit den Gläubigern dort einigen kann, wo die Situation des Schuldners es nahe legt. Voraussetzung ist allerdings, dass die Gläubiger mit den erforderlichen Mehrheiten zustimmen.
- **Restschuldbefreiung ab zehn Prozent Quote** mit Gerichtsbeschluss: Das Konkursrecht sieht vor, dass bei Nichtannahme des angebotenen Zahlungsplans eine siebenjährige Periode mit Pfändung auf das Existenzminimum zumindest zehn Prozent auf die Konkursforderungen erbringen muss. Darunter kann das Gericht bei Vorliegen von Billigkeitsgründen, also von besonders berücksichtigungswürdigen Umständen, die Schuldbefreiung dennoch aussprechen.

Diese fünf Eckpfeiler des Privatkonkurses in Österreich wurden von den involvierten Parteien in den Jahren 1992 und 1993 im Bundesministerium für Justiz (BMJ) diskutiert und erarbeitet. Jede nachhaltige Gesetzesänderung beinhaltet notwendigerweise auch Elemente des Kompromisses. So sollte die Zustimmung der Kreditgeber (v.a. Banken) zur zeitlichen Beschränkung vertraglicher Pfandrechte am Einkommen auf zwei Jahre dadurch erleichtert werden, dass durch das Verfahren eine gleichmäßige Quotenbefriedigung ohne weitere Zusatzaufwendungen gewährleistet wurde.

Verschuldensstatistik der privaten Haushalte

Während der Erarbeitung des Privatkonkursrechtes in Österreich wurde bekannt, dass es hierzulande um 1990 rund 80.000 überschuldete Haushalte gab. Nach jüngeren Aussagen der österreichischen Schuldnerberater stieg die Zahl der überschuldeten Haushalte bis zu Beginn 2004 auf etwa 120.000. Diese Gegenüberstellung zeigt für den Kreditschutzverband (KSV):

- dass das Instrument des Privatkonkurses in Österreich zum optimalen Zeitpunkt geschaffen wurde, nämlich noch vor dem Eintritt der negativen Auswirkungen des Wirtschaftsabschwunges 1993 bis 1996;
- dass der Zuwachs eine mehr als bededte Sprache zum materiellen Bedarf an Schuldnerberatung und Schuldenbereinigung spricht;

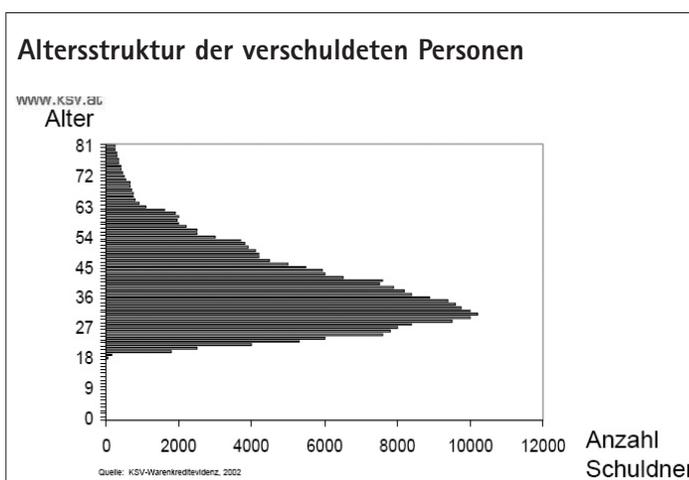
- dass die von 1995 bis Ende 2003 durchgeführten ca. 26.000 Privatkonkursverfahren nicht ausreichten, um die Situation zu stabilisieren.

Ohne die Einführung des Privatkonkurses ab 1995 wären nach Schätzung des KSV ca. 17.500 verschuldete Haushalte (was etwa den 26.000 Verfahren entspricht) noch hinzuzurechnen. Es hätte also insgesamt seit 1990 einen Zuwachs von ca. 57.500 insolventen Haushalten in 13 Jahren – bzw. 4.400 pro Jahr – gegeben.

Die Höhe der verzeichneten Schulden der insolventen Personen gibt noch wenig Information über eventuelle Trends, denn zu Anfang war der Anteil ehemaliger Unternehmer noch sehr hoch; d.h. von Personen, deren Schuldenhöhe weit über der Verschuldung echter Privater liegt. Überdies haben Schulden die Eigenschaft, sich nach Klage und Urteil infolge der Kosten und erheblichen Verzugszinsen innerhalb eines Zeitraumes von ca. drei Jahren in etwa zu verdoppeln. Der festgestellte Rückgang der Schulden pro Konkursverfahren bildet nun sowohl den Rückgang der ehemaligen Unternehmer ab wie auch die zunehmend schnellere Beantragung des Konkurses nach Eintritt der materiellen Zahlung.

Das Abschöpfungsverfahren

In ca. 25 Prozent der Privatkonkurse kommt es zu keiner Einigung zwischen den Schuldnern und deren Gläubigern. Wenn es keine Ausschlussgründe gibt, dann leitet das Konkursgericht auf Antrag des Schuldners das Abschöpfungsverfahren ein. Sieben Jahre lang muss der Schuldner seine pfändbaren Einkommensteile an einen Treuhänder der Gläubiger abtreten. Es gibt in dieser Zeit zwar keine Zahlungspflicht für den Schuldner, aber Obliegenheiten, sich um Arbeit und Einkommen zu bemühen und keine neuen Schulden zu machen.



Anfangs gab es von Gläubigerseite her Skepsis, ob dieses Abschöpfungsverfahren auch die Mühe und die Kosten über sieben Jahre rechtfertigen würde, denn immerhin bleibt der Akt über diese Zeit beim Gericht und beschäftigt einen Treuhänder, der laufend Geld- eingänge zu bearbeiten hat, Rechnung legen muss und jede Menge Anfragen der Gläubiger und des Schuldners zu bearbeiten hat. Dieser Treuhänder ist gewissermaßen für sieben Jahre der Katalysator für die Kommunikation zwischen Gericht, Schuldner und Gläubigern.

Diese Skepsis hat sich mittlerweile gelegt, denn eine vom KSV vorgenommene stichprobenartige Untersuchung von Fällen, die 2004 nach sieben Jahren abgeschlossen wurden, erbrachte folgende Werte:

- Restschuldbefreiung erlangt: 86 Prozent
- Durchschnittliche Gesamtquote für die Gläubiger: 12,5 Prozent
- Medianwert der Gesamtausschüttung: 14.800 Euro

Die Durchschnittsquote von 12,5 Prozent entspricht ungefähr der Quote aller erfüllten Zahlungspläne (vgl. Tabelle); also ein durchaus vergleichbares Ergebnis. Es ist aber darauf hinzuweisen, dass die Auswertung der Abschöpfungsverfahren 100 Prozent eines statistischen Samples betraf. Die Quote der erfüllten Zahlungspläne bezieht sich dagegen nur auf ca. zwei Drittel aller abgeschlossenen Zahlungspläne, da eben ein Drittel nicht erfüllt wird. Durchgerechnet kann daher gesagt werden, dass das Abschöpfungsverfahren statistisch gesehen das bessere Ergebnis für die Gläubiger erbringt. „Mehr Arbeit für die Gerichte wohl, aber auch eine hohe Erfolgsquote für Gläubiger und Schuldner zugleich“, so Hans-Georg Kantner vom KSV.

Die untersuchten Fälle stammten alle aus dem Jahr 1997, also noch vor der Novelle des Privatkonkurses. Bis zur Novelle 2003 mussten Antragsteller bescheinigen, dass mit der Erteilung der Restschuldbefreiung zu rechnen sei. Dieses Erfordernis wurde als zu große Beschränkung der Entschuldungsmöglichkeit angesehen

und ist daher durch das Erfordernis einer Deckung der Verfahrenskosten ersetzt worden.

Aktuelle Tendenzen

Die Novelle 2002 hat einen deutlichen Zuwachs an Konkursverfahren gebracht. Auch in der letzten Zeit ist eine kontinuierliche Steigerung an Privatkonkursen zu verzeichnen. Im ersten Halbjahr 2006 wurden 3.147 Privatkonkurse eröffnet, um 15 Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Das durch diesen Trend zum Ausdruck kommende Bild einer nach wie vor akuten Überschuldungsproblematik privater Haushalte wird auch von der steigenden Nachfrage nach Schuldenberatung bestätigt. Insgesamt 7.140 Personen nahmen in den letzten sechs Monaten eine Erstberatung in Anspruch, das entspricht einer Zunahme von beinahe sieben Prozent. Jährlich werden von den etwa 100 Mitarbeitern in Schuldenberatungseinrichtungen an die 5.000 Verfahren vorbereitet und über 45.000 Beratungsgespräche mit 20.000 Personen geführt. Bei aller Dramatik der Situation sieht Hans Grohs, Geschäftsführer der ASB Schuldnerberatungen, die steigende Zahl der Privatkonkurse auch als Bestätigung für das Problemlösungspotential des Privatkonkurses. „Über 35.000 Personen haben sich seit 1995 dem Verfahren gestellt und die Chance auf einen Neubeginn genutzt. Als Lösungsansatz in einer ausweglosen Situation bringt der Privatkonkurs allen Beteiligten Vorteile“, so Grohs. „Den Gläubigern ermöglicht er Rechtssicherheit und die gleichrangige Verwertung von Vermögen und Einkünften der Überschuldeten. Durch den erzielten wirtschaftlichen und sozialen Ausgleich wird ein gesamtgesellschaftlicher Nutzen erzielt.“

Österreichweit ist nach Berechnungen der Schuldnerberatungen derzeit von insgesamt 300.000 überschuldeten bzw. gefährdeten Haushalten auszugehen. Grohs weiter: „Stellt man die Zahl der Privatkonkurse den über 1,2 Millionen Exekutionsverfahren gegenüber, wird deutlich, dass die Privatkonkurse immer noch von einem kleinen Teil als Schuldenregulierungsmaßnahme in Anspruch genommen werden.“ Vor allem die lange Dauer verhindert oft eine Inanspruchnahme. Etliche Jahre lang fordert der Privatkonkurs von überschuldeten Personen die Einschränkung auf ein Leben am Existenzminimum. „Der Privatkonkurs bedeutet für viele eine zweite Chance, verlangt aber auch viel Disziplin.“ Bei Antrag und Eröffnung des komplexen Schuldenregulierungsverfahrens

Erfüllte Zahlungspläne 2000 – 2004

Jahr	durchschnittliche Quote
2000	12,20%
2001	12,40%
2002	12,20%
2003	12,60%
2004	13,80%

Quelle: KSV

werden drei Viertel aller Betroffenen von Schuldnerberatungen sowohl juristisch als auch sozialarbeitersrisch unterstützt.

Ausblick

Auch Gläubigervertreter stellen dem Privatkonkurs mehrheitlich ein positives Zeugnis aus (s.o.). Der Erfolg der Lösungsstrategie Privatkonkurs spreche, so Grohs, eindeutig für weitere Verbesserungen im Zugang zu diesem Verfahren. Dies wäre vor allem durch eine Reduktion der europaweit höchsten Gesamtdauer eines Privatkonkursverfahrens und eine individuelle Restschuldbefreiung ohne starre Mindestquote zu erreichen. "Die Quote, die Gläubiger aus dem Verfahren lukrieren würden, wird in Summe nicht geringer sein als Einbringungen im oft erfolglosen Exekutionsverfahren oder bei Abschöpfungen", zitiert Grohs eine Untersuchung der Schuldnerberatungen. Gleichzeitig wäre der Aspekt der Sanierung gestärkt.

Von Gläubiger-Vertreter Kantner (KSV) wird vor allem eine bessere Berücksichtigung des in § 69 KO (Konkursordnung) festgelegten Grundsatzes der unverzüglichen Beantragung eines Insolvenzverfahrens nach Eintritt der Zahlungsunfähigkeit eingefordert. Denn das Insolvenzrecht sorgt für Zinsstopp und Exekutionsstopp. Es vermeidet, dass Forderungen durch Betreibung und Zinsenlauf weiter anwachsen und es zielt auf die Entschuldung der Person. Kantner beklagt, dass der Übergang vom Exekutionsrecht zum

Insolvenzrecht oft nicht reibungslos vonstatten geht. Schuldner und Gläubiger würden den Konkursantrag häufig vermeiden, jeder aus einem anderen Grund: Die Gläubiger hoffen immer noch auf eine bessere Quote durch Einzelexekution und viele Schuldner scheuen das Stigma des Konkurses. Wenn es gelänge, die Konkurse früher zu eröffnen, hätte das eine bessere Quote auf niedrigere Forderungen zum Ergebnis, meint Kantner.

Schuldnerberater Grohs betont, dass der Grund für die Zunahme an Konkursen wie für die Überschuldungssituation nicht nur im individuellen Verhalten der Betroffenen gesucht werden dürfe, in Betracht zu ziehen sei neben der grundlegend schwierigeren sozialen und arbeitsmarktpolitischen Situation auch die Verantwortung bei der Kreditvergabe. „Wir brauchen mehr vernünftige Informationen der Banken gegenüber KreditnehmerInnen, (...) die Bedarfsdeckung muss gegenüber der Bedarfsweckung wieder den Vorrang bekommen,“ fordert Grohs. Gleichzeitig gelte es, die finanzielle Allgemeinbildung durch gezielte Bildungsmaßnahmen zu steigern.

Quellen: Hans-Georg Kantner: 10 Jahre Privatkonkurs, presse.medien.info des KSV vom 18.05.2005; Privatkonkurs nützt allen Beteiligten, www.schuldnerberatung.at

Steuerpolitik als wesentliches Instrument für den sozialen Ausgleich

Die Steuerbelastung des Faktors Arbeit beträgt in Österreich derzeit 40,5 Prozent und liegt damit laut Eurostat im europäischen Spitzenfeld, während die Kapitalbesteuerung im EU-Vergleich unterdurchschnittlich ist. Die Lohnsteuer macht somit rund ein Drittel der österreichischen Steuereinnahmen aus.

Umgekehrt verringert sich der Anteil aus Kapital- und Vermögenssteuern am Staatshaushalt kontinuierlich. Das ist vor allem die Folge des Steuerwettlaufs und der damit verbundenen Steuerentlastung insbesondere für Großbetriebe, um Investitionen anzulocken.

Der Steuerwettbewerb gefährdet zunehmend die Finanzierung des Sozialstaates und der öffentlichen

Dienstleistungen und trägt damit zu einem weiteren Auseinanderbrechen der Gesellschaft bei. Die immer wieder diskutierte Flat Tax, welche als eine Steuervereinfachung und als mehr Steuergerechtigkeit dargestellt wird, würde wie bisherige Erfahrungen zeigen, die Reichen zusätzlich entlasten und zu einem Nettoeinkommensverlust bei ArbeitnehmerInnen im mittleren Einkommensbereich führen.

In der WISO-Ausgabe 2/2006 sind mehrere Beiträge zum Thema Steuerpolitik enthalten, welche auf der ISW-Homepage als PDF-Dateien zur Verfügung stehen.

*Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften
A-4020 Linz, Gruberstraße 40-42
t +43(0)732 669273
f +43(0)732 669273 2889*

Die niederländische Lebenslaufregelung

In den Niederlanden trat zum ersten Jänner 2006 die so genannte Levensloopregeling (Lebenslaufregelung; im Folgenden LLR) in Kraft. Sie ist Teil eines Pakets von weit reichenden Maßnahmen zur Reformierung des sozialen Systems der Niederlande, welche vor allem die Bereiche der Kranken- und Pflegeversicherung und des Arbeitsmarktes umgestalten sollen. Hintergrund dieser Entwicklung ist die durch demografische Entwicklung und Ausgabensteigerung bedrohte Finanzierbarkeit der sozialen Sicherheitssysteme in den Niederlanden.

Die Lebenslaufregelung (LLR) stellt eine umfassende Regelung dar, die mehr individuelle Flexibilisierung der Lebens- und Jahresarbeitszeit beinhaltet. Da Flexibilisierung dazu führen kann, eine bessere Vereinbarkeit von Arbeit und Freizeit zu erreichen, ist die LLR als Beispiel für eine praktische Umsetzung in der aktuellen Diskussion um die „Work-Life-Balance“ geeignet. So bietet die LLR für Erwerbstätige die individuelle Möglichkeit, die Lebens- und Jahresarbeitszeit besser in Übereinstimmung mit dem Alter, mit der familiären Situation und mit der Notwendigkeit zur Umschulung oder Aus- und Weiterbildung zu bringen. Dadurch stellt die Flexibilisierung einen Gegenpol zum immer stärker durch Arbeit und Organisation belasteten Alltag dar und ist auf eine höhere Qualität aller Lebensphasen und insbesondere der Arbeitszufriedenheit ausgerichtet.

Es besteht die Erwartung, dass damit die Partizipationsrate beziehungsweise die Gesamtarbeitszeit vor allem von Frauen und Älteren – beispielsweise in Teilzeit – am Arbeitsmarkt zunimmt und weniger beziehungsweise später Frühverrentungen¹ eingegangen werden. Zudem bietet die LLR Anreize zur weiteren individuellen Bildung und durch Auszeiten, besonders in frühen und mittleren Erwerbsphasen, soll gewissen Härten und Konflikten des Arbeitslebens ausgleichend entgegengewirkt werden. Auf diese Weise soll auch eine Abkehr von Gemeinschaftsaktivitäten, wie beispielsweise ehrenamtliche Tätigkeiten, verringert werden. Zusammengefasst ist die Zielsetzung nicht gerade als bescheiden zu bezeichnen: Die mit der LLR zu schaffenden Freiräume sollen dem Individuum, den Unternehmen und der Gesellschaft dienen.

Wie funktioniert die Lebenslaufregelung?

Die LLR ist bisher für alle Erwerbspersonen mit Ausnahme der Selbstständigen konzipiert. Sie ermöglicht über ein Sparkonto eine freiwillige, eigenverantwortliche Finanzierung von Auszeiten, für die keine gesetzlichen Lohnfortzahlungen bestehen. Solche Auszeiten dürfen, so lange und so oft das jeweils aufgebaute Guthaben reicht, für Elternzeit, Betreuung des Lebenspartners, von Kindern, von Alten sowie von nahen Verwandten im ernstesten Krankheitsfall, für Aus- und Weiterbildung, Sabbatjahr oder Frühverrentung genutzt werden. Sie kann nur für die genannten Zwecke aufgenommen werden und ist nicht zur anderweitigen Kostenfinanzierung, wie beispielsweise für den Bau eines Hauses, erlaubt. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, eine LLR anzubieten. Die Inanspruchnahme einer Auszeit im Rahmen der LLR muss mit dem Arbeitgeber abgestimmt werden und darf von diesem nur dann abgelehnt werden, wenn sie nicht für Elternzeit oder zur Krankenbetreuung genutzt wird. Auszeiten zu Bildungszwecken, Frühverrentung oder Sabbatjahr muss der Arbeitgeber nicht verpflichtend zustimmen.

Jährlich dürfen maximal zwölf Prozent des Bruttojahreslohns steuerfrei bei frei auszuwählenden Anbietern der LLR-Konten, wie zum Beispiel Banken, Versicherungen und Rentenfonds, gespart werden. Dazu kommen noch Überstunden, Urlaubstage – die über das gesetzliche Minimum hinausgehen – und Zeitausgleichstage, die nach Absprache mit dem Arbeitgeber in Einzahlungen auf das Sparkonto transformiert werden können. Der Arbeitgeber darf Einzahlungen tätigen und kollektive Regelungen anbieten, die aber keine Vorbedingungen enthalten und Nicht-TeilnehmerInnen nicht benachteiligen dürfen. Ansprüche aus vorausgegangen Einzahlungen in Pre-Pensionen dürfen ohne Steuerbelastung in die LLR übertragen werden, sofern der Rentenfonds dies zulässt. Der maximal gesparte Betrag darf 210 Prozent des letzten Bruttojahresgehalts nicht übersteigen. Diese Grenze ist dazu gedacht, den Missbrauch einer Steuerumgehung zu beschränken. Die Auszahlung bei der Inanspruchnahme muss versteuert werden. Nach einer Inanspruchnahme der LLR ist eine erneute Auffüllung bis zum maximalen Sparbetrag stets möglich. Für Personen, die am ersten Januar 2006 zwischen 51 und 56 Jahre alt sind, gelten Übergangsregelungen. Aufgrund des verkürzten Sparzeitraumes ist es dieser Personengruppe gestattet, jährlich mehr als zwölf Prozent des Bruttolohns einzuzahlen und damit schneller zu sparen, wobei aber in diesen Fällen der Maximalbetrag von 210 Prozent eines Jahreslohns

gilt. Für über 57-jährige gelten wahlweise die herkömmlichen Frühverrentungsregelungen oder die LLR. Die Ein- und Auszahlung erfolgt über den Arbeitgeber. Die Inanspruchnahme der Regelung ist vielfach gestaltbar. Spart man beispielsweise auf den maximalen Betrag an – was bei gleich bleibendem Lohn 17,5 Jahre benötigt – kann man 2,1 Jahre bei vollem Bruttolohn oder drei Jahre bei 70 Prozent des Bruttolohns Auszeit nehmen. Nach Absprache mit dem Arbeitgeber ist es zum Beispiel möglich, einen Tag in der Woche zusätzlich frei zu nehmen oder täglich entsprechend weniger zu arbeiten und die Einkommensausfälle durch das Ersparte ganz oder teilweise zu finanzieren. Eine monatliche Auszahlung aus der LLR, in welche Lohnfortzahlungen durch den Arbeitgeber mitgerechnet werden, darf den vorausgegangenen Monatslohn grundsätzlich nicht übersteigen.

Arbeitnehmerbeiträge und Einkommenssteuern werden bei der Einzahlung nicht erhoben, sondern sind nach der so genannten Umkehrregel erst bei der Auszahlung fällig. So müssen die üblichen progressiven Steuerabgaben entsprechend der Höhe des jeweiligen Betrags geleistet werden. Um politisch und monetär gewünschte Effekte zu erreichen, werden bei der Auszahlung bestimmte fiskalische Abzüge gewährt. Solche Effekte betreffen beispielsweise die Entlastung des Staatshaushalts, eine potenziell höhere Geburtenrate, eine erhöhte Teilnahme an der LLR oder höhere Einzahlungen in die LLR. Pro gespartem Jahr werden steuerliche Vergünstigungen in Höhe von maximal 183 Euro gewährt, was einen Anreiz zu längerem Sparen bietet. Bei einer Full-Time Elternschaft, die für eine Dauer von bis zu 13 Wochen gesetzlich geregelt ist, wird diese aus der LLR finanziert und eine zusätzliche steuerliche Entlastung mit der Hälfte des gesetzlichen Mindestlohns – monatlich 632 Euro – gewährleistet, sofern man an der LLR teilnimmt. Im ersten Krankheitsfall eines Nahestehenden ist eine Auszeit von sechs Wochen gesetzlich geregelt, muss aber rein aus der LLR finanziert werden. Geht ein/e TeilnehmerIn in Rente, wird der vorhandene Sparbetrag im Ganzen ausgeschüttet. Nimmt man jedoch an der LLR teil und wird arbeitslos beziehungsweise sozialhilfebedürftig, darf die LLR in einem Mal ausgezahlt werden, wobei allerdings relativ hohe Steuern anfallen. Sie darf aber nicht zur monatlichen Anfüllung verwendet werden. Nimmt man nicht an der LLR teil, treten nach wie vor die üblichen staatlichen Leistungen ein.

Kritik

Allgemein wird kritisch angeführt, dass wegen der Notwendigkeit einer raschen Reformierung des sozia-

len Systems eine schnelle Einführung der LLR in den Niederlanden durchgesetzt werden sollte, weshalb nachträgliche Verbesserungen an dieser bewusst in Kauf genommen wurden. Zudem weisen kritische Stimmen auf weitere Probleme hin, die mit der Einführung der LLR verbunden sind:

- Es wird davon ausgegangen (vgl. Meer/Leijnse 2004, S. 20), dass die Effekte der LLR nur mittelmäßig sein werden, wenn keine zusätzlichen Maßnahmen für Kapitalakkumulierung, Sparen für Jüngere, Kinderversorgung und Krankenbetreuung getroffen werden. Durch diese Maßnahmen könnten aber Ersparnisse und Einkommen effektiver über den Lebensverlauf verteilt werden. Für 2006 wurden in diesem Zusammenhang zusätzliche Ausgaben für Kindertagesstätten beschlossen.
- Die LLR beinhaltet durch die Steuererhebung nach der Umkehrregel besonders für die unteren und mittleren Einkommensgruppen einen Anreiz zur „Steuerumgehung“. Wegen der Progression ist es auf diesem Wege möglich, auf einen niedrigeren Steuersatz zu kommen.
- Mit der Sparlohnregelung gibt es eine Schnittmenge, durch die der LLR Einzahlungen entgehen können, die stattdessen in den Konsum fließen könnten. Mitunter wird zugunsten einer stärkeren Nutzung der LLR über eine Abschaffung der Sparlohnregelung nachgedacht.
- Die LLR ist unter anderem dazu gedacht, dass Auszeiten besonders während der Hochphase im Arbeitsleben genutzt werden können, um die Vereinbarkeit von Arbeit und Familie zu erhöhen. Es liegen jedoch Annahmen vor, dass ein auf Frührente zielendes Modell weiterhin bei den Lebensplanungen attraktiv bleibt, wie die Befragung des Meinungsforschungsinstituts TNS/Nipo zeigte.
- Pflegeaufgaben bekommen über die LLR selbst keine zusätzlichen fiskalischen Anreize und werden damit innerhalb der Regelung auf die gleiche Stufe mit dem Sabbatjahr gestellt (vgl. Maas 2004, S. 176). Um eine einheitliche und umfassende Regelung zu erlangen, könnten für Pflegeaufgaben, ähnlich der Elternzeit, fiskalische Vergünstigungen gegeben werden, um die finanziellen Ausfälle des Pflegenden zu begrenzen. Vergleichbares gilt für Auszeiten zu Bildungszwecken, welche nicht ohne weiteres durch den Arbeitgeber abgelehnt werden dürften.
- Von Arbeitgeberseite wird befürchtet, dass Arbeitnehmer durch die LLR noch mehr Rechte auf Beurlaubung bekommen, was dem eigentlichen Ziel,

nämlich einer längeren Lebensarbeitszeit, zuwiderliefe (vgl. ebd., S. 177). Anfang November 2005 wurde deshalb in einer kollektiven Regelung beim Finanzunternehmen ING vorläufig eine Begrenzung der geschlossenen Auszeit auf maximal 13 Wochen vereinbart. Außerdem erwarten die Betriebe einen zusätzlichen Aufwand unter anderem für die Verwaltung der Kontenzahlungen, die besonders kleinere Betriebe belastet.

Erwartungen

Die erwähnte Befragung von TNS/Nipo ergab außerdem, dass drei Viertel der 18- bis 65-Jährigen die LLR im September 2005 nicht kannten. 27 Prozent hatten noch nie von der LLR gehört und 45 Prozent verstanden sie nicht. Nur ein Achtel konnte den Inhalt in zwei Sätzen umschreiben. Allerdings hatten zum Erhebungszeitpunkt die für den Herbst 2005 geplanten umfangreichen Aufklärungskampagnen noch nicht stattgefunden und es bestanden noch Unsicherheiten hinsichtlich der Einführung. Von den 1.031 Befragten gaben 55 Prozent an, die LLR für eine Frührente, zehn Prozent für einen steuerlichen Vorteil, neun Prozent für eine Elternzeit, ein Prozent zu Bildungszwecken nutzen zu wollen, wobei sich elf Prozent noch im Unklaren waren. Hervorzuheben ist das Ergebnis der Gruppe der 18- bis 25-Jährigen, in der 30 Prozent angegeben hatten, die LLR für eine Elternzeit in Anspruch nehmen zu wollen. Der überwiegende Wunsch, die LLR zur Frühverrentung nutzen zu wollen, geht mit der groß angelegten Untersuchung „Sociaal en Cultureel Rapport“ (vgl. Sociaal en Cultureel Planbureau 2004) über die langfristigen Zukunftserwartungen zu sozialen und kulturellen Kernthemen einher, die zum Ergebnis kommt, dass etwa 50 Prozent der Erwerbstätigen früher als mit 65 Jahren in Rente gehen möchten. Die Studie zeigt weiters, dass 90 Prozent zukünftig eine stärkere familiäre Abhängigkeit der Kranken befürchten. Die LLR spricht also mit der Option zur Krankenversicherung nicht die Wünsche der breiten Bevölkerung an. Elemente der LLR in kollektiven Vereinbarungen wurden bis Anfang September 2005 nur bei einem Drittel der Fälle untergebracht und nur bei neun von 64 Vereinbarungen wurden Absprachen über arbeitgeberseitige Einzahlungen getroffen, die zwischen 0,8 und 3,5 Prozent des Einkommens liegen. Aufgrund von Verzögerungen bei der praktischen Implementierung der LLR in kleinen und mittleren Betrieben dauerte es bis Mitte 2006, bis alle kollektiven Vereinbarungen Absprachen zur LLR enthielten.

Das Centraal Planbureau (vgl. CPB Notitie 2004) und das niederländische Finanzministerium haben jeweils

Berechnungen bei vergleichbaren Annahmen zu den Auswirkungen der LLR im Staatshaushalt angestellt. Darin wird – bei derzeit 8,5 Millionen Erwerbstätigen – von 1,9 Millionen TeilnehmerInnen im Jahr 2006 und drei Millionen TeilnehmerInnen im Jahr 2009 ausgegangen. Das niederländische Finanzministerium errechnete jährliche Ausgaben von rund 450 Millionen Euro zwischen 2006 und 2009. Dem gegenüber steht eine deutlich höhere Entlastung aus der Abschaffung der fiskalischen Vergünstigung bisheriger Frühverrentungsformen, die seitens des CPB mit jährlich rund 2,25 Milliarden Euro für 2006 bis 2009 angegeben werden. Es ergibt sich demnach ein positiver Saldo für den Staatshaushalt von 1,8 Milliarden Euro, in welchem die indirekten, volkswirtschaftlichen Auswirkungen nicht enthalten sind.

Willem Wolters

Der Autor ist Mitarbeiter im Datenzentrum der Bundesagentur für Arbeit in Deutschland. Gekürzte Fassung des ursprünglich in Sozial Extra Januar 2006 erschienenen Beitrags. Kontakt: willem.wolters@gmx.de

Anmerkungen

- 1 Frühverrentungen (VUT/Pre-Pensioenen) wurden in den Niederlanden lange Zeit als vermeintlich sinnvolles arbeitsmarktpolitisches Instrument staatlich finanziert, von welchem nun mit der LLR abgerückt wird.
- 2 Die Sparlohnregelung ist ebenfalls ein Sparkonto, das fiskalisch begünstigt wird und für deren Ausgaben es keine Bestimmungen gibt. Allerdings ist die Spardauer auf fünf Jahre befristet und die fiskalische Begünstigung ist geringer. Es kann jährlich zwischen der Sparlohnregelung und der LLR gewechselt werden.

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2005): Work-Life-Balance – Motor für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftliche Stabilität. Berlin
- CPB Notitie (Hrsg.) (2004): Effecten wetsvoorstel VUT/Prepensioenen/Levensloop. Den Haag
- Meer, Marc v. d./Leijnse, Frans (2004): Life-Course Savings Schemes and Social Policy Reform in the Netherlands. Amsterdam
- Ministerie van Sociale Zaken en Werkgelegenheid (Hrsg.) (2004): Financiële Onderbouwingen
- Mutual Learning Programme (Hrsg.) (2004): The Career Break Scheme in Belgium and the Incentive Premiums by the Flemish Government. Brüssel
- Sociaal en Cultureel Planbureau (Hrsg.) (2004): Sociaal en Cultureel Rapport 2004. Den Haag
- Waas, Bernd (2004): Die „lebensverlaufbezogene“ Politik in den Niederlanden: Ein Beispiel für Deutschland? In: Sozialer Fortschritt, Heft 7, S. 173 – 178

Beruflicher Mehrwert durch Auslandsaufenthalte

Die SoziologInnen Hanns Peter Euler und Ursula Rami von der Johannes Kepler Universität Linz untersuchten, inwieweit Studienabschlüsse mit studienbezogenen Auslandsaufenthalten einen bildungsrelevanten und beruflich verwertbaren Mehrwert als Wertschöpfung gegenüber reinen Inlandsstudien erbringen. Als Förderungsbeispiel wurde das Kepler-Internationalisierungsprogramm an seinen Zielkriterien für das Land Oberösterreich evaluiert.

Die Forschungsergebnisse liegen nunmehr in Buchform vor. Die Publikation enthält zudem Hinweise für die Gestaltung von Auslandsaufenthalten sowohl für die entsendenden Universitäten als auch die VeranstalterInnen an den weltweiten Gaststudienstandorten.

Der durchgeführte Vergleich von jeweils über 500 repräsentativen Karrierewegen von Studienabschlüssen mit und ohne Auslandsaufenthalte zeigte eindeutige Vorteile, die auf die gesammelten Auslandserfahrungen zurückzuführen sind. Die Ergebnisse sind statistisch ausreichend abgesichert. Durch studienbezogene Auslandsaufenthalte werden verständlicherweise Fremdsprachenkenntnisse besser vermittelt als an inländischen Studienstandorten. Darüber hinaus erzeugen Auslandsaufenthalte während oder nach dem Erststudium interkulturelle und sozial-kommunikative Kompetenzen und ebenso beruflich relevante Persönlichkeitsvoraussetzungen, wie sie nicht annähernd im inländischen Studienbetrieb entstehen bzw. „gelehrt“ werden können.

Gerade der persönliche Kontakt mit anderen sozialen Milieus und kulturellen Differenzen fordert und fördert überfachliche Kompetenzen zur Überwindung von Problemstellungen und sozialen Barrieren. Dies geschieht über das Kennenlernen, Verstehen und Tolerieren anderer kultureller Normen und Werte, wodurch auch die Handlungskompetenz in der Verfolgung eigener Interessen wesentlich weiter entwickelt wird und später im überwiegend inländischen Berufsleben ihren Erfolg findet.

*Hanns Peter Euler, Ursula Rami:
Beruflich erfolgreicher durch Auslandsaufenthalte
während des Studiums
Studie zur Evaluierung des Kepler-Internationalisie-
rungsprogrammes (KIP)
Trauner Verlag, Linz 2006
372 Seiten, EUR 29,50*

Integration durch Sprache?

Im vierten Band der Reihe "Kinderleben" wird der Frage nachgegangen, wie im Kontext von Familien, Schule und Peers türkische und russlanddeutsche Kinder Kompetenzen erwerben können, die eine Integration in die Aufnahmegesellschaft gelingen lassen. Wie in den ersten beiden Bänden von Kinderleben "Aufwachsen in Familien" und "Aufwachsen zwischen Freunden und Institutionen" kommen auch hier die Kinder selbst zu Wort. Es wurden 2.200 Kinder befragt, deren Adressen nach dem Zufallsprinzip aus den Einwohnermelderegistern gezogen wurden. Ca. 20 Prozent der Kinder hatten einen Migrationshintergrund, der sich aus 71 Nationen zusammensetzte.

Auffällig war, dass in der Migrantengeneration besonders häufig die Mitarbeit an der Befragung mit dem Argument mangelnder Sprachkenntnisse verweigert wurde. Zwei Populationen sind wegen ihrer Häufigkeit besonders in den Vordergrund getreten: Türken und Aussiedler. Um dem gerecht zu werden, wurden zweisprachige Interviewer eingesetzt und die Fragebögen wurden in die jeweilige Sprache übersetzt.

Generell geht es darum, was Kinder in ihrer Entwicklung fördert oder gefährdet, welche Konstellationen Kinder in ihrer persönlichen und sozialen Entwicklung (z.B. Schulerfolg, persönliche Interessensentfaltung) einschränken oder zu Problemverhalten (Aggressivität, abweichendes Verhalten) und Belastungen (Krankheitsanfälligkeit) führen. Neben der entscheidenden Frage nach der Sprachkompetenz stehen insbesondere die Familien der Kinder als zentrale Sozialisationsinstanzen und Betreuungs- und Bildungsinstitutionen im Fokus. Durch den Vergleich mit der gleichaltrigen deutschen Kinderpopulation zeigen sich Unterschiede und Gemeinsamkeiten im Hinblick auf Bildungsprozesse, Sozialisationsstile und Integrationserfolge, die bislang ein wenig beachtetes Forschungsfeld der Sozialberichterstattung waren. Obwohl in erster Linie empirische Forschungsergebnisse referiert werden, ist davon auszugehen, dass das Buch auch bei Praktikern in der Kindererziehung (LehrerInnen, ErzieherInnen, SozialpädagogInnen...) durchaus auf Interesse stoßen wird.

*Christian Alt (Hg.):
Kinderleben - Integration durch Sprache?
Band 4: Bedingungen des Aufwachsens von türki-
schen, russlanddeutschen und deutschen Kindern.
Schriften des deutschen Jugendinstituts: Kinderpanel
VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2006,
324 Seiten, EUR 32,90 (D)*

ConSozial 2006

Die Fachmesse mit über 200 Ausstellern, die diesmal unter dem Motto „Mehrwert des Sozialen – Gewinn für die Gesellschaft“ steht, zeigt ein breites Spektrum an Dienstleistungen und Produkten rund um Management und Organisation von Sozialer Arbeit und Pflege. Neu ist das Forum Bildung mit Weiterbildungsangeboten für Führungs- und Fachkräfte von ca. 40 Instituten und Hochschulen. Der Marktplatz ConSozial dient als Kontakt- und Informationsforum für Mitarbeiter/innen aus Einrichtungen, Verbänden, Politik und Publizistik im gesamten deutschsprachigen Raum.

Termin und Ort: 8. bis 9. November 2006, Messezentrum Nürnberg
Informationen: www.consozial.de oder Tel. 0049/9128/502601

Transnationale Formierung der Zivilgesellschaft

Veranstaltung im Rahmen der Vortrags- und Diskussionsreihe „Baustelle Soziales Europa – Zur transnationalen Formierung von Interessen mit Vorträgen von Veronika Litschel (vormals Armutskonferenz, jetzt Grüne Wien) zu Transnationalen Netzwerken von Sozialeinrichtungen und Initiativen sowie von Santa Precaria (Mayday Bewegung, Wien) zu "Mayday: Prekarisierung & Transnationale Organisierung"

Termin: 9. November 2006, 18.30 Uhr
Ort: Institut für Wissenschaft und Kunst, (IWK), Berggasse 7, 1090 Wien

Rechtswirksame und nichtige Vereinbarungen im Arbeitsrecht

Tagung des Instituts für Arbeitsrecht und Sozialrecht der Johannes Kepler Universität Linz mit Vorträgen von Prof. Dr. Peter Jabornegg, Prof. Dr. Reinhard Resch und Prof. Dr. Markus Stoffels

Termin: 10. November 2006, 9.00 – 13.00 Uhr
Ort: Johannes Kepler Universität Linz, Repräsentationsraum C, Uni-Center, 1. Stock
Information/Anmeldung: Institut für Arbeitsrecht und Sozialrecht, Frau Henriette Berger-Merwald, Tel. 0732/2468-8256, Fax DW 8259, Mail: henriette.berger-merwald@jku.at

Internationale Tagung: "Integration ist möglich"

In der von der Caritas Wien organisierten Tagung werden Modelle für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mit Behinderung besprochen und diskutiert. Fachleute aus Deutschland und Österreich werden dazu Vorträge halten, aus ihrer Arbeit berichten und Beispiele gelungener Integration vorstellen. Die Veranstaltung ist für Menschen ohne Erwerbseinkommen kostenlos, für alle anderen beträgt die Teilnahmegebühr 50 Euro.

Termin: 15. November 2006, 9.00 - 17.00 Uhr
Ort: Leopold Ungar Haus, Albrechtskreithgasse 19-21, 1160 Wien
Information/Anmeldung: Renate Ziegler, Tel. 01/87812-332, Fax 01/87812-332-9332, Mail: rziegler@caritas-wien.at

Tagung: „Frauen verdienen mehr!“

Bei der Veranstaltung der Entwicklungspartnerschaft KLARA! werden Maßnahmen für Gendergleichstellung und Equal Pay in Europa vorgestellt und diskutiert.

Termin: 15. November 2006, 13.00 bis 18.00 Uhr
Ort: BAWAG-PSK, Veranstaltungszentrum Hochholzerhof, Seitzergasse 2-4/1, 1010 Wien
Information/Anmeldung: Rosemarie Ertl, ep.klara@netzwerk-frauenberatung.at bzw. www.netzwerk-frauenberatung.at/klara

NPO-Management-Tag 2006

Referate mit Diskussionen zum Thema „Nonprofit Governance – strategische Steuerung und Überwachung im Lichte der Besonderheiten von Nonprofit-Organisationen“

Termin: 21. November 2006, 13.30 – 16.00 Uhr
Ort: Johannes Kepler Universität Linz, Repräsentationsraum G, Uni Center, 2. Stock
Information/Anmeldung: Institut für Betriebswirtschaftslehre der gemeinwirtschaftlichen Unternehmen, Frau Doris Holzmann, Tel. 0732/2468-9461, Fax DW 9510, Mail: ibgu@jku.at

Qualifikationsbedarf der Zukunft

Veranstaltung zum Thema „Perspektiven der Beschäftigung von HochschulabsolventInnen: Schlussfolgerungen für die Studien- und Berufsberatung“. Diskutiert wird insbesondere über folgende Fragen:

- welche Rolle der Arbeitsmarkt bei der Studienwahl spielt und wie eine arbeitsmarktgerechte Studienwahl unterstützt werden kann,
- wie die Situation, die Akzeptanz und Relevanz von AbsolventInnen der „neuen“ Hochschulabschlüsse aussehen,
- wie der Bedarf in zukunftssträchtigen Ausbildungsfeldern gedeckt werden kann beziehungsweise wie solche Bereiche vor allem für Frauen attraktiver gemacht werden können.

Termin und Ort: 22. November 2006, 9.00 – 15.00 Uhr, Festsaal der TU-Wien
Information/Anmeldung: ÖIBF, Renate Pucher, 1010 Wien, Biberstraße 5/6, Tel: 01 / 310 33 34 – 13, Mail: renate.pucher@oeibf.at

Kränkung am Arbeitsplatz

Vortrag von Bärbel Wardetzki über Strategien gegen Missachtung, Gerede und Mobbing. Die Referentin ist Diplom-Psychologin und arbeitet in München als Psychotherapeutin, Supervisorin und in der Fortbildung.

Termin: 22. November 2006, 20.00 Uhr
Ort: ORF-Funkhaus Dornbirn, Högsterstraße 38

Globalisierung der Unsicherheit

Vortrags- und Diskussionsveranstaltung zu Fragen des politischen Status, der ökonomischen Entwicklung, der ideologischen Verfasstheit und der sozialen Bewegtheit

Birgit Mahnkopf beschreibt die dunkle Seite der Globalisierung, wie sich die Regulationsweise des kapitalistischen Weltsystems verändert und wie menschliche Sicherheiten verloren gehen. Mit der Informalisierung von Arbeit, Geld und Politik wird die Unsicherheit globalisiert. Jörg Flecker zeigt, wie die Ansätze von mehr Demokratie im Wirtschafts- und Arbeitsleben durch den Neoliberalismus unterbunden wurden und werden. Über Grundeinkommensstrategien in einer Zeit des Verschwindens des gesicherten Normalarbeitsverhältnisses wird Manfred Füllsack referieren.

Termin und Ort: 24. November 2006, 17.00 – 21.00 Uhr, Jägermayrhof, Römerstraße 98, 4020 Linz
Information/Anmeldung: Tel. 0732/7070-4341, Mail: helene.edlinger@mag.linz.at

Bevölkerungsentwicklung und Migration in Österreich im 20. Jahrhundert

Vortrag von Prof. Dr. Michael John, Institut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Universität Linz

Veranstalter: Volkshochschule Linz
Termin und Ort: 30. November 2006, 19.00 Uhr, Altes Rathaus, Linz Hauptplatz

KONTRASTE

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:

Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Universität
Linz, Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

Erscheinungsweise:

10 Ausgaben pro Jahr

Redaktionsadresse:

KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz
Tel.: 0732/2468-7168
Mail: hansjoerg.seckauer@jku.at
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Kontraste
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161
Fax DW 7172 Mail: irene.auinger@jku.at

Redaktionsteam:

Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine
Stelzer-Orthofer, Mag. Susanna Rothmayer,
Mag. Bettina Leibetseder

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,
die Redaktion behält sich jedoch das Recht
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Wissenschaftliche Beratung:

Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster

Lektorat; Satz:

Mag. Hansjörg Seckauer

Grafisches Konzept:

Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;
Gratis Probeabo für drei Monate
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

Bankverbindung:

Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453